

Wortprotokoll

Öffentliche Sitzung

Ausschuss für Kultur, Engagement und Demokratieförderung

68. Sitzung
11. Mai 2026

Beginn: 14.02 Uhr
Schluss: 16.57 Uhr
Vorsitz: Peer Mock-Stümer (CDU)

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Siehe Beschlussprotokoll.

Punkt 1 der Tagesordnung

Aktuelle Viertelstunde

Siehe Inhaltsprotokoll.

Vorsitzender Peer Mock-Stümer: Wir kommen zu

Punkt 2 (neu) der Tagesordnung

- a) Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs
**Die Bedeutung der christlich-jüdischen
Zusammenarbeit und des interreligiösen Dialogs für
Berlin**
(auf Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der
SPD)

[0361](#)
KultEnDe

- b) Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs [0303](#)
House Of One – Aktueller Stand und Perspektiven KultEnDe
(auf Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD)
- c) Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs [0109](#)
Aktueller Stand des Projektes House of One und KultEnDe
interreligiöser Dialog
(auf Antrag der Fraktion Die Linke)

Hierzu: Anhörung

Ich gehe davon aus, dass wieder die Anfertigung eines Wortprotokolls gewünscht wird. – Ich spüre ein sehr dezentes Nicken. Dann verfahren wir so. – Vielen Dank!

Als Anzuhörende begrüße ich auf das Herzlichste Frau Pfarrerin Marion Gardei, sie ist stellvertretende Evangelische Vorsitzende in der Gesellschaft für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit in Berlin, Herrn Rabbiner Prof. Dr. Andreas Nachama, er ist rabbinischer Leiter des Abraham-Geiger-Kollegs, Rabbiner der Synagoge Sukkat Schalom der Jüdischen Gemeinde zu Berlin, stellvertretender Vorsitzender der Liberalen Rabbinervereinigung e. V., Stiftungsratsvorsitzender und Rabbiner im House of One Berlin, Jüdischer Präsident im Deutschen Koordinierungsrat der Gesellschaften für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit, dann begrüße ich Frau Iman Andrea Reimann, sie ist die Öffentlichkeitsbeauftragte des Deutschen Muslimischen Zentrums Berlin e. V., und last but not least Herrn Roland Stolte, er ist Verwaltungsdirektor und zuständig für das Konzept bei der Stiftung House of One – Bet- und Lehrhaus Berlin. – An alle vier ein herzliches Willkommen bei uns im Kulturausschuss! Sie sind darauf hingewiesen worden, dass sich diese Sitzung live auf der Webseite des Abgeordnetenhauses wiederfinden wird und sie dort aufgerufen werden kann. Ich gehe davon aus, dass Sie mit den Bild- und Tonaufnahmen einverstanden sind. – Das ist der Fall. – Vielen Dank!

Dann kommen wir jetzt zur Begründung des Besprechungsbedarfs zu Punkt 2 a und 2 b durch die Fraktion der CDU und/oder der Fraktion der SPD. – Herr Abgeordneter Naumann, Sie haben das Wort, bitte schön!

Reinhard Naumann (SPD): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Auch von mir aus ein fröhliches Hallo in die frühnachmittägliche Runde! Wenn ich sage, „ein fröhliches Hallo“, dann gilt dieses für das heute aufgerufene Themenfeld nur bedingt, denn aktuell haben wir Entwicklungen in unserer Gesellschaft, in unseren Nachbarschaften, in unserer Heimatstadt Berlin zur Kenntnis zu nehmen, die uns alles andere als fröhlich stimmen.

Jüdische Nachbarinnen und Nachbarn leben – vor Kurzem noch unvorstellbar – in großer Besorgnis, teilweise in Furcht. Briefkästen, Haustüren werden vor dem Hintergrund des Nahostkonflikts, der aktuellen kriegerischen Auseinandersetzungen in Form von Stigmatisierungen und damit Diskriminierungen von jüdischen Nachbarinnen und Nachbarn gekennzeichnet. Wir haben noch vor gar nicht so langer Zeit mit Stolz – wohlgemerkt, nicht nur in sogenannten Sonntagsreden, sondern im politischen Miteinander auch hier auf dieser Ebene, in den zwölf Berliner Bezirken, im gesellschaftlichen Miteinander, das unterstreiche ich ausdrück-

lich – gelobt und uns gefreut: Jüdisches Leben in Berlin, in der Bundeshauptstadt, wächst wieder! Und jetzt? – Jetzt sehen wir uns neuen Herausforderungen gegenüber.

Mehr denn je ist Dialog erforderlich, denn das eint uns alle hier als Parlamentarierinnen und Parlamentarier und natürlich auch in unserem politischen Wirken, draußen in unseren Wahlkreisen, in der Vielfalt der Stadt, von Nord nach Süd, von West nach Ost. Wir müssen miteinander reden, nicht übereinander und im gegenseitigen Respekt. Und wenn der heutige Schwerpunkt dieser Sitzung – der letzte vor Ende dieser Wahlperiode – das Themenfeld Religion ist, dann hat die Koalition zuvor überlegt – und ich danke auch für die Rückmeldungen aus der Opposition, die positiv waren –: Wir wollen unsere Wertschätzung und Unterstützung für unsere jüdischen Nachbarinnen und Nachbarn in den Mittelpunkt dieser Sitzung stellen, wir wollen Solidarität üben, in den Grenzen dieser Sitzung, aber im Rahmen des Möglichen. Dann ist klar: Dann nehmen wir die christlich-jüdische Zusammenarbeit in Berlin – da stehen wir zum Glück nicht bei null – und den interreligiösen Dialog in den Blick, denn das friedliche Miteinander gehört zur gesellschaftlichen Kernsubstanz der Vielfalt in Berlin.

Vielfalt – der Regierende Bürgermeister betont es in vielen seiner Reden – ist ein wertvoller Schatz, den Berlin national wie auch international nach außen strahlen lässt, aber immer auch mitunter eine Herausforderung. Der stellen Sie sich, verehrte Anzuhörende, mit Ihren Zusammenhängen, in denen Sie ja vor allem ehrenamtlich tätig sind, teilweise auch beruflich. Uns war wichtig, Sie heute zu uns einzuladen und darüber mit Ihnen ins Gespräch zu kommen. Schon mal vorweg: Herzlichen Dank, dass Sie sich die Zeit dafür genommen haben!

Vorsitzender Peer Mock-Stümer: Vielen Dank, Herr Kollege! – Zur Begründung des Besprechungsbedarfs zu Punkt 2 c – neu – durch die Fraktion Die Linke erteile ich wem das Wort? – Frau Abgeordnete Breitenbach, bitte schön!

Elke Breitenbach (LINKE): Vielen Dank! – Der interreligiöse Dialog ist zentral wichtig für diese Stadt, auch um die Vielfalt und die Gleichberechtigung aller Menschen und ihrer Religionen zu garantieren. Für diesen interreligiösen Dialog wäre das House of One auch sehr wichtig gewesen. Wir haben nur leider dieses House of One nicht. Deshalb ist für uns noch mal die Frage, wie der Stand im Moment ist. Es gab vor zwei Tagen, glaube ich, eine Meldung in der Morgenpost, dass es erstens für das House of One eine Spendenkampagne gab und zweitens neue Baupläne gibt. Also irgendetwas bewegt sich.

Deshalb würden wir uns freuen, wenn uns heute auch der Stand noch mal dargestellt wird, dass wir auch gemeinsam überlegen, wie wir dieses House of One erstens aufbauen und zweitens gemeinsam mit Leben füllen können. – Vielen Dank!

Vorsitzender Peer Mock-Stümer: Vielen Dank, Frau Kollegin! – Dann erteile ich dem Senat das Wort für eine einleitende Stellungnahme. – Herr Staatssekretär, Sie haben das Wort, bitte schön!

Staatssekretär Alexander Straßmeir (SenKultGZ): Vielen Dank! – Die Aktualität des Themas hat der Abgeordnete Reinhard Naumann bereits hervorgehoben. Die Bedeutung vom interreligiösen Dialog werden uns die Anzuhörenden mitteilen. Dazu brauche ich selbst nicht viel zu sagen, vielleicht noch, dass es gar keine Selbstverständlichkeit ist. Betrachtet man die Religionsgeschichte über die Jahrhunderte und Jahrtausende, waren Religionen oftmals sehr

auf sich, auf ihr Bekenntnis und ihre Gemeinschaft orientiert; religionsübergreifende Aktivitäten sind eine relativ junge Erscheinung in der Religionsgeschichte, deswegen besonders wertvoll.

Ich möchte mich nur auf ganz wenige technische Punkte konzentrieren und dann den Anzuhörenden den Raum und die Zeit geben.

Wir haben in diesem Jahr die religionsübergreifende Zusammenarbeit mit 32 Maßnahmen und einem Fördervolumen von 2,9 Millionen Euro gefördert. Wir hatten bei der letzten Anhörung zum Thema religionsübergreifende Aktivitäten mitbekommen, dass die förderjahrübergreifende Förderung als besonders wichtig angesehen wird; wir können jetzt ab dem Förderjahr 2027 bis zu dreijährige Projekte fördern. Ich weise darauf hin, dass die Ausschreibung für den Zeitraum ab dem Jahr 2027 aktuell veröffentlicht ist und die Anträge auf Förderung bis zum 30. September dieses Jahres gestellt werden können. Meine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter vom Beauftragten für Kirchen, Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften stehen auch gern zur Verfügung, dabei zu beraten. Das Interesse bei meinen Kolleginnen und Kollegen aus dem Haus ist sehr groß, wir sind hier mehr als sonst. Dieses Interesse an der Anhörung und an dem, was Sie uns sagen werden, teile ich und beende deswegen jetzt damit meinen Anteil und bin neugierig, von Ihnen zu hören.

Vorsitzender Peer Mock-Stümer: Vielen Dank, Herr Staatssekretär! – Dann beginnen wir jetzt mit der Anhörung. Mir wurde signalisiert, dass wir bei Ihnen in alphabetischer Reihenfolge verfahren können. – Ich höre keinen Widerspruch und würde dann Ihnen, Frau Gardei, zuerst das Wort erteilen. – Bitte schön, Sie haben das Wort!

Pfarrerin Marion Gardei (Gesellschaft für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit in Berlin e. V.; stellvertretende Evangelische Vorsitzende): Ganz herzlichen Dank für Ihr Interesse und Ihre Einladung! Ich bin Pfarrerin Marion Gardei und für meine Landeskirche, die Evangelische Kirche Berlin-Brandenburg-schlesische Oberlausitz, für die Erinnerungskultur zuständig und bin auch deren Beauftragte gegen Antisemitismus. Ich bin gerade auch stellvertretende Pfarrerin im House of One, insofern überschneidet sich vieles. Aber ich möchte heute für mein Ehrenamt sprechen, und das ist die Mitgliedschaft im Vorstand der Gesellschaft für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit in Berlin.

Diese Gesellschaft ist eine der ältesten Bürgerbewegungen, wurde bereits 1949 in der BRD in Berlin gegründet, für Verständigung und gegenseitiger Achtung zwischen Christinnen, Christen und Jüdinnen und Juden vor dem Hintergrund der Erfahrung des Nationalsozialismus und des Holocaust und in dem Bewusstsein, dass die Kirche mit ihrem jahrtausendelangen Judenhass sehr viel dazu beigetragen hat, dass sich diese Form des Antisemitismus entwickeln konnte. Wir wissen, in den Fünfzigerjahren, in dieser Gründungszeit, herrschte ein Klima der Verdrängung, aber nicht nur das; es gab weiterhin Antisemitismus und Ausgrenzung. Das hat sich in den Nachkriegsjahren so direkt fortgesetzt. Dagegen standen Leute auf, die sich in dieser Gesellschaft für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit engagiert haben, die gesagt haben: Wir wollen neu denken, neu miteinander ins Gespräch kommen, und wir wollen den Dialog, das direkte Gespräch gegen die Vorurteile und gegen den Hass setzen, der sich da angesammelt hat und der nie wirklich aufgearbeitet wurde. – Unser Ziel ist also ein respektvolles Kennenlernen der religiösen Identität des jeweils anderen. Das gilt einmal für den religiösen Bereich, als Christin weiß ich, dass ich meine eigene Religion ohne das Judentum nicht verstehen kann, wir haben die gemeinsame Bibel, unser Altes Testament, die jüdische Bibel, wir haben viele gemeinsame Traditionen und können auch Jesus eigentlich nicht verstehen, wenn wir nicht wissen und durchbuchstabieren, wie er sein Judesein als Reformator gelebt hat.

Das ist das eine, die religiöse Verständigung, seine Wurzeln kennen, aber es hat auch die menschliche, politische und soziale Seite, mit der jeweils anderen Kommunität ins Gespräch zu kommen, sich kennenzulernen und eine Toleranz zu entwickeln, die mehr als eine bloße

kalte Toleranz ist, sondern ein Kennenlernen, eine Geschwisterlichkeit. Unser Jahresmotto lautet: „Schulter an Schulter“. Das ist nicht zufällig gewählt, denn bei all diesen Gesprächen kommt es am Ende auch darauf an, dass man sich geschwisterlich begegnet und freundschaftlich miteinander entwickelt.

Ich glaube, und das ist tatsächlich mein Credo, dass bis heute und heute die direkte menschliche Begegnung, der Dialog, beim Abbau von Vorurteilen wichtig ist. Das gilt sowohl für jüngere Leute, für Schülerinnen und Schüler, bis hin ins hohe Alter. Dieses direkte Gespräch kann meines Erachtens durch nichts ersetzt werden, durch keine KI, durch keine Schulbücher. Beides ist auch wichtig, aber das Miteinander, das Sich-in-die-Augen-schauen und Auf-Augenhöhe-miteinander-reden, ist beim Abbau von Feindbildern durch nichts zu ersetzen. Deswegen boykottieren umgekehrt Menschen, die den Hass streuen wollen, gern die Dialoginitiativen aller Art. Es belegen neuere wissenschaftliche Untersuchungen, dass gerade nach dem 7. Oktober 2023 Dialoginitiativen stark unter Druck gesetzt und angefeindet werden. Wir als Gesellschaft für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit haben uns bewusst dazu entschieden: Wir machen mit unserem Dialogkonzept weiter. Das ist kein unkritisches Einfachweiter-so, obwohl man manchmal, wenn man diese aktuellen antisemitischen Vorfälle sieht und miterlebt, die Reinhard Naumann schon angedeutet hat, schon fragen kann: Wo haben wir auch versagt? Was haben wir falsch gemacht, dass es so weit kommen konnte? Man kann auch verzweifelt sein und sagen: Einfach nur weitermachen –, aber es ist doch mehr, es ist eine bewusste Entscheidung, sich zu diesem Konzept des Gesprächs zu entscheiden.

Deswegen kooperieren wir sehr viel mit anderen Partnern. Wir machen viele Veranstaltungen und Initiativen, zusammen mit anderen zivilgesellschaftlichen Institutionen, mit Schulen, Kirchengemeinden, mit Initiativen aus politischer Bildung. Und wir haben ein breites Netzwerk in dieser Gesellschaft für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit in Berlin, das Basiserfahrungen bei Menschen vermittelt, die nicht professionell in diesem Thema arbeiten, vermittelt, wie gut Dialog ist und dass es bereichert und kreativ macht, seine eigene Grundhaltung auch mal infrage stellen zu lassen und den anderen kennenzulernen.

Das Letztes, das mir wichtig ist: Wir müssen weg von der Konkurrenz. Das sehen wir als Gesellschaft für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit auch. Manche sagen: Ihr müsst aber doch mit dem oder jenem auch Dialog führen. – Das machen wir gern. Wir sind offen für den Dialog, natürlich auch mit den Musliminnen und Muslimen in unserer Stadt, und wollen das auch weiter ausbauen. Jeder Dialog ist uns wertvoll und streut einen Samen, der von den verschiedenen Dialoginitiativen gepflegt und entwickelt werden muss, sodass er im Miteinander heranwächst.

Als Ausblick: Wir planen aktuell für unsere Gesellschaft eine stärkere Medienpräsenz. Da sind wir auch schon in den sozialen Medien dabei. Wir wollen uns noch stärker in der Jugendarbeit stark machen, da sind wir miteinander auf dem Weg, ebenso wollen wir uns auch in Richtung Muslime ein Stück weit öffnen.

Vorsitzender Peer Mock-Stümer: Vielen Dank! – Herr Professor Nachama, bitte schön!

Rabbiner Dr. Andreas Nachama (Rabbiner der Synagoge Sukkat Schalom der Jüdischen Gemeinde zu Berlin, Liberale Rabbinervereinigung e. V.; stellvertretender Vorsitzender, House of One Berlin; Stiftungsratsvorsitzender und Rabbiner, Deutscher Koordinierungsrat

der Gesellschaften für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit): Ich will mal so beginnen – es ist schon gesagt worden –: Es ist die älteste Bürgerinitiative Deutschlands oder Westdeutschlands, es ist aber am Ende aus der Position derjenigen heraus entstanden, die es überhaupt ermöglicht haben, dass ich hier sitze, also die Christinnen und Christen in Berlin, die meine Mutter von 1943 bis 1945 versteckt haben. Das waren die Leute, die dann später diese Gesellschaft gegründet haben. Nicht alle in Person, aber diese Gruppe als solche.

Insofern weiß ich, wie bedeutsam die Begegnung ist, wie bedeutsam und wichtig es ist, wenn man dialogisch aufeinander zukommt, nach 2 000 Jahren, wie Buber gesagt hätte, der „Vergegnung“, dass man jetzt mal ein Jahrhundert der Begegnung eingeläutet hat. 80 Jahre, das Jahrhundert ist noch nicht voll, aber es hat begonnen. Und ich finde, wenn man sich das genau anguckt, was es da gibt, dass da viele Fortschritte erzielt worden sind, aber – das ist auch richtigerweise gesagt worden – der 7. Oktober 2023 war natürlich ein markanter Punkt, an dem vieles gekippt ist und seitdem vieles neu bestätigt und neu aufgebaut werden soll und muss.

Es gibt den Dialog zwischen Christen und Juden, der, wie ich finde, auch große Fortschritte gemacht hat. Ich würde mal ein Beispiel nennen, das vor 50, 70 oder 100 Jahren undenkbar gewesen wäre. Wir alle erinnern uns an die Coronazeit, an die Beschränkungen, die man hatte, wenn man Versammlungen, also auch Gottesdienste, gemacht hat, beieinander sitzen sollte oder wollte. Dann kamen die jüdischen Feiertage, und die Synagoge, die ich da am Lietzensee habe, hat vielleicht 100 Plätze. Das heißt, man hätte vielleicht 30 Leute da unterbringen können. Gegenüber gab es eine Kirche mit 400 Plätzen, und wir haben dann den Gottesdienst tatsächlich für die hohen Feiertage in der Kirche gemacht. Das wäre 100 Jahre vorher, auch 50 Jahre vorher undenkbar gewesen. Ich finde, daran kann man auch ein Stück messen, was es bisher gebracht hat. Deshalb soll man jetzt unbedingt an der Stelle nicht sagen: Jetzt ist genug –, sondern sagen: Das ist jetzt ein guter Punkt, wo man ein Take off nehmen kann, wo man aus dem Dialog einen Trialog macht. Das ist ja auch ein Teil dessen, was wir im House of One machen, und wo wir auch Fortschritte erzielen und miteinander nicht nur im Gespräch sind, sondern auch miteinander handeln und wirken und in Schulen gehen. Sie wollen gar nicht glauben, was das für einen großen Eindruck auf Schülerinnen und Schüler macht, wenn man als Pfarrer oder Pfarrerin, Rabbiner und Imam da vor den Schülern sitzt und sagt: Wir sind Freunde, und wir waren gestern Abend zusammen essen, und wir können miteinander streiten – im positiven Sinn –, reden und die Dinge voranbringen.

Deshalb bin ich auch hier, um zu sagen, wie wichtig die Unterstützung der Projekte ist, wo es insbesondere auch in den Dialog mit Schülerinnen und Schülern geht, denn das ist die nächste Generation, diejenigen, die dann den Trialog oder den gesellschaftlichen Frieden in unserer Stadt leben sollen und müssen. Natürlich ist es auch genauso wichtig, diejenigen zu erreichen, die schon ein bisschen älter sind und am Ende auch einen ganz wichtigen Aspekt darstellen, nämlich den Rückenwind für die nächste Generation zu geben und zu sagen: Ja, das hat bei uns funktioniert, das wird auch bei anderen funktionieren. – Was wir alle wissen, ist, dass die Situation an öffentlichen Schulen für jüdische Schülerinnen und Schüler gelegentlich sehr schwierig ist. Was wir auch in der Zeitung gelesen haben und natürlich auch von den Betroffenen hören, ist, dass es auch an den Universitäten gelegentlich sehr schwer ist. Deshalb, denke ich, ist der politische Rückenwind, das politische Backup von Ihnen allen hier für uns so wichtig, weil nur in einer Stadt und in einer politischen Situation, wo klar wird, dass dieser

Dialog oder dieser Trialog gewollt und gefördert wird, hat dieses zarte Pflänzchen, das jetzt 70, 80 Jahre gewachsen ist, nach zwei Jahrtausenden der „Vergegnung“ eine reelle Chance.

Insofern wünsche ich mir, dass wir hier nicht nur Worte sagen, sondern dass sie sowohl mit Haushaltsmitteln als auch mit dem politischen Rückenwind – – Dass wir für all diese Dingen, die wir versuchen, an der Basis voranzubringen, Unterstützung und Rückenwind haben.

Vorsitzender Peer Mock-Stümer: Vielen Dank! – Frau Reimann, bitte schön, Sie haben das Wort!

Iman Andrea Reimann (Deutsches Muslimisches Zentrum – DMZ – Berlin e. V; Öffentlichkeitsbeauftragte): Herzlichen Dank! – Ich möchte heute vor allen Dingen für den jüdisch-muslimischen Dialog sprechen und darüber, warum er überhaupt für Berlin so wichtig ist. Berlin ist eine vielfältige Stadt, und das ist auch eine der größten Stärken, die unsere Stadt einbringt. Aber Vielfalt ist nicht automatisch konfliktfrei. Gerade deshalb ist der interreligiöse Dialog kein Nebenthema, sondern ein konkreter Beitrag zu Zusammenhalt, demokratischer Kultur und einem friedlichen Miteinander. Der jüdisch-muslimische Salon beziehungsweise Dialog – zum Salon komme ich noch hin – ist dabei besonders wichtig, denn daran arbeite ich seit über zehn Jahren persönlich. Er schafft Räume, in denen Menschen nicht über Schlagworte und Projektionen einander begegnen, sondern als Menschen mit Erfahrung, Sorgen und Verantwortung. Gerade in Zeiten wachsender Polarisierung ist das von großer Bedeutung. Wichtig ist aber auch: Dialog entsteht nicht von selbst, nicht allein durch einzelne Veranstaltungen; tragfähige Zusammenarbeit wächst dort, wo sich Menschen regelmäßig begegnen, Vertrauen aufbauen können, um auch schwierige Themen anzusprechen. Hierbei möchte ich noch erwähnen, dass gerade die jüdischen und muslimischen Vertreterinnen und Vertreter, die sich besonders nach außen exponieren, durch ihre Arbeit oder durch das Übernehmen von politischer Verantwortung, gerade diesem Für und Wider sehr stark ausgesetzt sind, und es auch nicht immer ganz einfach ist.

Wir haben viele aktuelle Beispiele in Berlin schon im letzten Jahr, aber auch in diesem Jahr wieder gefördert: „Beit Madrassa“ ist eine jüdisch-muslimische Lerngemeinschaft, wo durch gemeinsames Lernen neben Vertrauen auch die Augenhöhe aufgebaut wird. Es ist nicht nur eine Lerngemeinschaft, sondern es entstehen jüdisch-muslimische Tandems, die gebucht werden, eingeladen werden können und dann Themen mit den Gästen besprechen. Wir hatten auch oder haben noch das „Shalom Rollberg“, wo ganz praktisch auch im Kiez gearbeitet wird. Ich selbst leite seit 2018 am Deutschen Muslimischen Zentrum den jüdisch-muslimischen Salon, der mir immer wieder zeigt, dass es wichtig und notwendig ist, sich über so lange Zeit zu begegnen, um auch gerade die schwierigen und persönlich sehr treffenden, also ans Herz gehenden Situationen auszuhalten, wenn man Menschen in Israel, Verwandte oder Angehörige verloren hat, auf beiden Seiten, dass man dann auch zusammenstehen kann und sich immer wieder auch darüber austauscht.

Ich selbst bin noch für das Drei-Religionen-Kita-Haus-Projekt im Projektteam beschäftigt, das ja leider nicht umgesetzt werden konnte. Aber ich kann zumindest den Ausblick geben, dass wir weiterhin an diesem Thema dran sind und es sich vielleicht auch schon in diesem Jahr konkretisieren kann, dass wir einen neuen Standort haben. Denn gerade die frühe Bildung im Elementarbereich mit Kindern und im Besonderen dann auch mit ihren Eltern ist

unheimlich wichtig, dass gar nicht erst Verschwörungsideologien, Vorbehalte oder Vorurteile entstehen können, sondern wir diese dann frühzeitig abbauen können.

Es gab in diesem Jahr das große Kiez-Iftar in der Großen Hamburger Straße, das für mich mit über 400 Menschen besonders eindrucksvoll war, wo die Synagoge Oranienburger Straße, die Deutsche Islamakademie, die Sophienkirche und viele andere beteiligt waren. Das war, glaube ich, ein sehr starkes Zeichen in die Stadt hinein, aber auch für die Menschen, die dort wohnen oder extra hingefahren sind, wie lebendig unsere Stadt ist und wie wir Dinge teilen können.

Ein anderes Format, das vielleicht erst gar nicht interreligiös wirkt, ist das Format Mar'a'yeh. Das ist eine Zusammenarbeit von LABA, wo ein Dialograum gegründet wurde, wo durch die Kunst, durch das kreative Arbeiten gemeinsames Nachdenken angeregt wird und daraus immer auch eine Ausstellung kreiert wird, die man sich angucken kann.

Dialogarbeit braucht Zeit, Verlässlichkeit und auch Orte, an denen man nicht nur debattiert, sondern auch wirklich voneinander und miteinander lernt und im besten Fall dann auch gemeinsam handelt. Ich möchte noch mal darauf hinweisen: Schwierigkeiten darf man nicht ausblenden, man darf sie nicht unter den Teppich kehren. Manchmal braucht man auch Menschen an der Seite, die vielleicht eine Mediation durchführen können, damit gerade auch das, was schon gewachsen ist, nicht in die Brüche geht.

Wenn Berlin die Bedeutung dieser Arbeit ernst nimmt, dann braucht es dafür auch verlässliche politische Rahmenbedingungen. Aus meiner Sicht sind dabei drei Punkte besonders wichtig. Der erste: langfristige Förderung statt kurzer Projektlogik – wir haben ja jetzt gehört, es soll auch dreijährige Projektförderungen geben –, denn Vertrauen entsteht nicht nur in wenigen Monaten und nur, weil man eine Veranstaltung organisiert hat.

Der zweite Punkt ist: starke Unterstützung für die lokalen und zivilgesellschaftlichen Akteure, die diese Brückenarbeit jeden Tag leisten. Sie brauchen Räume, Sichtbarkeit, Vernetzung und auch Rückhalt.

Und der dritte Punkt ist: ein klares öffentliches Signal, dass Antisemitismus und antimuslimische Diskriminierung in Berlin gemeinsam und entschieden zurückgewiesen werden muss, denn jüdisch-muslimische Zusammenarbeit ist nicht nur für die beteiligten Communitys wichtig, sondern sie ist ein Gewinn für Berlin insgesamt. Sie zeigt, dass Demokratie nicht nur von Institutionen lebt, sondern auch von Beziehungen und von der Fähigkeit, Unterschiede auszuhalten, ohne den gemeinsamen Boden zu verlieren.

Abschließend noch einmal zusammengefasst: Der jüdisch-muslimische Dialog ist kein Randthema, er ist Teil der demokratischen Infrastruktur dieser Stadt. Wenn Berlin diese Infrastruktur stärken will, dann braucht das politische Aufmerksamkeit, verlässliche Förderung und die klare Anerkennung, dass diese Arbeit einen echten gesellschaftlichen Wert hat. – Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit!

Vorsitzender Peer Mock-Stümer: Vielen Dank! – Herr Stolte, bitte schön!

Roland Stolte (Stiftung House of One – Bet- und Lehrhaus Berlin; Verwaltungsdirektor): Vielen Dank für die Einladung! – Es geht es um das House of One. Da das House of One in baulicher Hinsicht kein gewöhnliches Gebäude und kein gewöhnliches Projekt ist, erlauben Sie mir bitte eine kurze Vorbemerkung zu der Konzeptidee, die uns sehr schnell auch zu den Fragen des gegenwärtigen Status und der Verbindung zum interreligiösen Dialog hinführen wird.

Im Jahre 2001, im Schatten des 11. September, haben die Vereinten Nationen unter Kofi Annan ein Manifest zum Dialog im 21. Jahrhundert veröffentlicht. In diesem Manifest werden Elemente des Dialogs entfaltet. Da geht es um Gleichberechtigung, um eine Neubewertung der Freund-Feind-Relation, um Machtstreuung et cetera. In Entfaltung dieser Elemente eines Dialogs im 21. Jahrhundert wird dann eine Pointe gezogen, die auf den ersten Blick sehr überraschend kommt, und zwar wird die Frage gestellt: Woran wird man sehen, dass Dialog gelingt? Wo ist er am reinsten spürbar und sichtbar? – Da antwortet dieses Manifest, dass es dann sichtbar wird, wenn Akteure, die sich bisher nicht kennen, die sich nicht vertrauen, die im schlimmsten Fall sogar verfeindet sind, gemeinsam etwas bauen. Denn, wenn man aus dieser Ausgangssituation herauskommt, sein Eigenes, sein Herzblut, seine eigenen Traditionen, seine eigenen Erfahrungen in ein Bauprojekt hineingibt und versucht, es mit dem anderen auszuhandeln, und darüber ein Verstehen, ein Kennenlernen und Vertrauen wächst, weil dadurch auch eine friedensstiftende Funktion von einem Projekt, von gemeinsamem Bauen auch entstehen kann. Das ist ein bisschen die Grundidee des House of One, dass sich seit 2010, 2011 auf der Gemeindeebene christliche, jüdische, muslimische Akteure zusammengefunden haben, um gemeinsam zu überlegen: Wie können wir am Urort Berlins, auf dem Petriplatz, wo die Stadt vor 800 Jahren entstanden ist, ein neues Sakralgebäude errichten, wo wir unser eigenes mit einbringen, aber so einbringen, dass darüber und damit Verständnis wächst? Das ist ein erster Punkt, der für das Haus-of-One-Konzept sehr wichtig ist, dass jeder Schritt in der Planung des Gebäudes immer auch schon interreligiöser Dialog ist. Wir haben den Architekturwettbewerb 2012 so gemeinsam geplant und durchgeführt. Jeder Planungsschritt ist immer auch interreligiöser Dialog; und es ist dann nicht passiert, dass dann, als die Synagoge geplant wurde, sich die jüdischen Akteure oder auch diejenigen aus den anderen Religionen zurückgezogen haben, sondern jeder Sakralraum ist dann gemeinsam geplant worden, gemeinsam hat man abgewogen, wie es werden soll. Das Konzept des House of One macht ganz stark aus, dass eigene Traditionen eine Rolle spielen, die Vergegenwärtigung dessen, was die eigene Religion ausmacht, in dieses so stark säkular geprägte Berlin hinein, aber so, dass darüber Vertrauen wächst, das eben nicht eine Religionsvermischung, eine Art Einheitsreligion und so etwas propagiert wird, sondern dass es ein Raumkonzept gibt, wo sich drei verschiedene Sakralräume um einen Zentralraum herumgruppieren.

Insofern prägt das Bauprojekt das House of One natürlich sehr stark, da diese Art von Typologie, dass sich drei verschiedene Sakralräume unter einem Dach befinden, so bisher noch nirgendwo ausprobiert wurde. Der Architekturwettbewerb hat eine große Rolle gespielt und auch, dass das Projekt schnell international wurde. Seit dem Wettbewerb und seit der Planungszeit begleitet uns, dass im Grunde jedes Jahr Ausstellungen stattfinden, auch im internationalen Kontext, in Chicago, in Stockholm und im letzten Jahr in Rom, wo dieser Entwurf des House of One vorgestellt und gesagt wurde: Das ist eine Art von Typologie eines Sakralgebäudes, wo auch interreligiöse Verständigung wachsen kann.

Diese Art von Planung, von Rezeption des Entwurfs spielt für uns eine sehr große Rolle und führte auch dazu, dass es auch im internationalen Kontext Tochtergründungen gibt. Es gibt ein Projekt in der Zentralafrikanischen Republik, ein Projekt in Georgien, wo solch ein House of One auch entstehen soll. Jetzt gerade vor einem Jahr hat die Stadt Amsterdam für die Errichtung eines House of One nach dem Modell, wie es hier in Berlin auch gedacht ist, einen Prüfauftrag vergeben. Insofern gibt es eine starke Architekturrezeption für das Projekt, was aber nicht dazu führt, dass die Idee die ist, dass man erst mit der interreligiösen Arbeit beginnt, wenn das Gebäude steht. Dazu habe ich schon gesagt: Die Planungsphase selbst ist interreligiöser Dialog, und wir mussten auch sehr schnell lernen, dass hier in der Stadt das Interesse so groß war, dass pädagogische Arbeit schon ab 2014 begann, dass die Partnerprojekte begannen, dass wir Friedensgebete gemacht haben, dass es Veranstaltungen in der Stadt gab und weiterhin gibt, sodass es auch ein Leben des House of One gibt, obwohl wir mit dem Bau jetzt noch nicht fertig sind, obwohl wir da auch unsere Stockungen haben. Das House of One ist also zunächst konzeptionell zu verstehen, als auf diesen beiden Säulen ruhend. Es ist der interreligiös gedachte Bauprozess, die Planungen, die ihren eigenen Wert haben, und es ist diese Art Auskopplungen inhaltlicher Arbeit in die Bildungsarbeit hinein.

Wir sehr froh und dankbar, dass uns auch die Kulturverwaltung unterstützt. Es gibt drei Projekte, die in diesem und im nächsten Jahr durch die Kulturverwaltung gefördert werden. Es ist einmal „House of One macht Schule“, also der Weg in die Schule. Das hat Andreas Nachama auch schon erwähnt. Dann gibt es ein zweites Förderprojekt, wo wir auch in Gemeinden in der Stadt gehen, die mit interreligiösen Dialog bisher noch nicht so viel zu tun haben, aber die auch über Multiplikatoren Zugänge in den interreligiösen Dialog finden wollen. Dann gibt es ein drittes Projekt, es gibt einen Podcast, in dem wir niedrigschwellig religiöse und interreligiöse Themen veröffentlichen und in die Gesellschaft tragen.

Vierter Punkt, das spielt auch eine Rolle und hat auch in der Öffentlichkeit eine Rolle gespielt: Wir versuchen, den Bauplatz, wo gerade baulich wenig passiert, inhaltlich aufzuladen. Es gibt da Schulprojekte, auch mit Sportvereinen, wo es um die Gestaltung der Zäune, des Umfelds der Baustelle geht, um zu zeigen, auch wenn noch nicht gebaut wird, dass das Projekt nicht eins ist, das es noch gar nicht gibt, sondern wo schon jetzt eine rege inhaltliche Arbeit passiert und wo wir sehen, dass wir durch die Verbindung, die wir in die Stadtgesellschaft haben, auch über unser Kuratorium, interreligiöses Leben, interreligiöse Ideen so konsequent, wie es geht, in die Stadt tragen. – Das vielleicht als erster Überblick.

Vorsitzender Peer Mock-Stümer: Vielen Dank, Herr Stolte! – Dann steigen wir nun in die Beratung und in die Fragen an die Anzuhörenden ein. Mir liegen mehrere Wortmeldungen vor, und wir starten mit der Abgeordneten Breitenbach. – Bitte schön, Sie haben das Wort!

Elke Breitenbach (LINKE): Es überrascht mich jetzt, dass ich so schnell war. Vielen Dank! – Ich finde, dass Sie mit all Ihren Beispielen, die Sie genannt haben, was interreligiösen Dialog angeht, in dieser Stadt tatsächlich eine Vorbildfunktion haben, da Sie etwas tun, was ansonsten in dieser Stadt zu kurz kommt, nämlich den Dialog mit Andersdenkenden führen. Gestern war ja auch die Festveranstaltung bei der Christlich-Jüdischen Gesellschaft für Zusammenarbeit. Da wurde in dem Festvortrag noch mal deutlich, dass erstens Antisemitismus eine Haltung ist – das, finde ich, stimmt auch; es ist eine Haltung, die konsequent durchgeführt werden muss, keinen Antisemitismus ist zu dulden – und es andererseits natürlich auch

unterschiedliche Positionen gibt, die man auch aushalten und über die man reden muss. Und es gibt rote Linien.

Wir haben es ganz selten in dieser Stadt, dass dieser Dialog stattfindet. Wir erleben auch, dass sich die Spaltung immer verstärkt, dass tatsächlich langjährige Freundschaft auseinandergegangen sind, genau über diesen Konflikt Antisemitismus, Nahostkonflikt, dass es keine Worte mehr gibt, die irgendwas zusammenbringen.

Ich würde mir wünschen, dass Sie über die Gemeinden und die Religionen hinaus auch stärker in diese Gesellschaft wirken, in der nicht alle Menschen religiös sind. Das ist in Berlin so, ich gehöre dazu. Deshalb würde ich es mir noch mal wünschen, dass Sie diese Aufgabe wahrnehmen und deutlich machen, was Sie eigentlich alles leisten und dass es auch anders geht als gegeneinander, dass es auch ein Miteinander gibt und dieses Miteinander für diese Stadt wichtig ist, um die Vielfalt und den Respekt zu erhalten und zusammenzustehen. Insofern war gestern dieses Motto „Schulter an Schulter“ auch ein sehr schönes Motto.

Ich habe jetzt trotzdem noch mal Fragen zu House of One, weil Sie jetzt nicht auf diesen Pressebericht, der ja jetzt zwei Tage alt ist, eingegangen sind, was sich jetzt noch mal an den Bauplänen verändert hat. Vielleicht können Sie da noch mal Genaueres sagen, was sich jetzt verändert hat und wie der Zeitplan ist. Das hätte dann noch mal eine viel größere Bedeutung, wenn es dieses Haus geben würde, und es wäre ein Ort, zu dem man gehen kann. Ich glaube, das wäre für viele Menschen noch mal wichtig und auch ein Ansatz, genau in diesen interreligiösen Dialog einzutreten. – Vielen Dank!

Vorsitzender Peer Mock-Stümer: Vielen Dank, Frau Kollegin! – Die nächste Wortmeldung kommt von Frau Dr. Kahlefeld. – Bitte schön!

Dr. Susanna Kahlefeld (GRÜNE): Vielen Dank! – Ich würde gern mit einer Vorbemerkung in die Fragen einsteigen: Politik schafft den Rahmen für religiöses Leben und für religiösen Dialog. Ich finde, wir haben uns nicht in Inhalte einzumischen und keine Präferenzen zu haben. Wenn man sich überlegt, warum Religion in Berlin bei Kultur angesiedelt ist, dann denke ich, ist eine große Gemeinsamkeit – und das passt deswegen sehr gut –, dass die Aktivitäten, von denen Sie gerade gesprochen haben, die Sie für die Stadt entwickeln und die enorm wichtig sind, also das Miteinandersprechen, das Menschenzusammenbringen, wie bei Künstlern etwas Intrinsisches ist. Wir haben hier viel mit Künstlern gesprochen, die brutal zusammengekürzt worden sind, und die werden trotzdem nicht aufhören, Kunst zu machen, und genauso arbeiten Sie ja auch in der Stadt weiter, obwohl Sie enormen Kürzungen ausgesetzt sind und nicht nur Kürzungen, sondern auch einem großen Misstrauen. Das House of One gibt es zum Glück noch, weil es stark auf der Bundesebene verankert ist, danach würde ich auch gleich noch mal konkreter fragen, aber die Drei-Religionen-Kita ist brutalst ausgebremst worden, zwei Wochen vor dem Haushaltsbeschluss, einfach per Telefonanruf. Ich war letzte Woche bei mee2respect und habe da mit Rabbiner Dray zusammengesessen, das ist auch ein Projekt, was nicht mehr gewünscht ist. Also das, was Sie genannt hatten, Frau Gardei, dass der Dialog, der Kontakt das wichtigste ist, was man braucht, ist ja genau das, was politisch gerade unterbunden beziehungsweise weggekürzt wird.

Was ich aus dem jüdischen Bereich höre, ist, dass die genau wissen, wenn sie Projektanträge an diesen Senat in dieser Koalition, wo Muslime beteiligt sind, stellen, dass sie dann keine Gelder bekommen oder es sehr viel schwieriger wird. Sie arbeiten ja im Moment, wie auch in den letzten Jahren, unter enorm erschwerten politischen Bedingungen, und trotzdem würde ich jetzt einfach sagen – weil ich die gleiche Erfahrung auch mit Künstlern oder auch mit Leuten, die sich ehrenamtlich engagieren, mache –: Die Leute machen das einfach weiter, weil sie das für das Richtige halten.

Ich wüsste gern von Ihnen – darauf richten sich jetzt auch meine Fragen –: Was haben Sie denn vor? Wie sehen Sie Ihre Rolle in den schwieriger werdenden Zeiten? Es ist ja nicht nur

so, dass die Mittel gekürzt werden, sondern die werden ja mit einem bestimmten Ziel gekürzt, man will bestimmte Dinge von Ihnen nicht mehr, man will die Zusammenarbeit mit Muslimen nicht mehr. Was haben Sie in dieser schwierigen Zeit vor? Wie wollen Sie überwintern? Wie wollen Sie noch aktiver werden? Wenn es politisch anders werden würde, was würden Sie sich an Rahmenbedingungen von uns wünschen, außer, dass natürlich Geld in die Projekte fließen muss, weil man Miete für Räume zahlen muss, weil man Menschen für die Arbeit, die sie machen, bezahlen muss? Also welche politischen Rahmenbedingungen würden Sie sich noch genauer wünschen?

Eine spezielle Frage an das House of One, weil Sie ja durch Ihre Anbindung an den Bund auch noch mal in einer anderen Situation sind: Können Sie uns das hier im Ausschuss noch mal ein bisschen darlegen? Welchen Anteil leistet Berlin gerade, und wo sind Sie vom Bund abhängig? Ich frage Sie das deshalb, weil ich das sehr beruhigend finde, dass Sie im Moment da gerade sozusagen abgesichert sind. Vielleicht können Sie uns dazu etwas sagen.

An Herrn Nachama: Wie Sie wissen, sind die Mittel zum Aufbau jüdischer Gemeindearbeit bei Religionen eingestellt und sollen zu einem großen Teil zur Sicherung von jüdischen Events und Organisationen verausgabt werden. Wir als Grüne haben immer kritisiert, dass diese Mittel bei Religion eingestellt sind, weil sie dadurch nur religiös-jüdischen Organisationen zugutekommen können, wenn überhaupt. Das heißt, Makkabi zum Beispiel spielen Fußball und machen keinen Gottesdienst und egal, wie fromm die einzelnen Spieler sind, bekommen die nichts. Oder auch andere israelische Organisationen zum Beispiel, die nicht religiös auftreten und wo man dann auch nicht checkt, wie fromm seid ihr eigentlich? –, fallen rein haushaltstechnisch nicht darunter. Wir würden uns wünschen, dass es so wie in Hamburg wäre, dass die Mittel zum Schutz jüdischer Events und Organisationen – ich sage mal Events, denn es kann ja auch mal eine Veranstaltung sein, es muss nicht die ganze Organisation sein – direkt bei Inneres angesiedelt werden, dann würde nämlich das LKA die Gefährdungslage einschätzen und die Gelder würden auch direkt an die Organisation fließen können, die die braucht, und dann müssen die nicht nachweisen, dass sie irgendwie fromm sind oder mit der Jüdischen Gemeinde in einem Konnex stehen. Könnten Sie zu dieser Frage von Sicherheit und Unsicherheit vielleicht aus Ihrer Perspektive etwas sagen?

Vorsitzender Peer Mock-Stümer: Vielen Dank! – Die nächste Wortmeldung kam von der Abgeordneten Dr. Wein. – Bitte schön!

Dr. Claudia Wein (CDU): Auch von meiner Seite vielen Dank an die Anzuhörenden für Ihre Ausführungen! – Sie hatten ja schon gesagt, dass an vielen Stellen – so habe ich es zumindest herausgehört – auch immer wieder Widerstände da sind, denen Sie begegnen. Da würde ich Sie bitten, dass Sie das noch ein bisschen konkretisieren können und vor allen Dingen mit dem Blick nach vorne: Welche Strategien oder welche Möglichkeiten sehen Sie, ganz normale Berlinerinnen und Berliner zu erreichen, um hier weiter friedfertige Haltungen in der Stadt auszubreiten? Das ist ja keine Thematik, die sich für die ganz üblichen Leute aufdrängt, sondern da wird wahrscheinlich der Kontakt nicht immer so einfach sein, vielleicht aber doch, vielleicht irre ich mich. Dafür würde ich mich interessieren. Es geht ja um Resonanz, wie gelingt es, in Resonanz mit der Stadtgesellschaft zu kommen? Ich würde mich freuen, wenn Sie dazu etwas ausführen können! – Danke!

Vorsitzender Peer Mock-Stümer: Dann kommt die nächste Wortmeldung vom Abgeordneten Trefzer. – Bitte schön!

Martin Trefzer (AfD): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Ganz herzlichen Dank auch an die Anzuhörenden für Ihre engagierten Statements! Ja, der 7. Oktober hat den interreligiösen Dialog verändert, den christlich-jüdischen Dialog und auch den muslimisch-jüdischen Dialog, aber auch den christlich-muslimischen Dialog. Er ist nicht nur eine Belastungsprobe für diesen Dialog, wie man es immer wieder nachlesen kann, sondern jetzt wirklich der Realitätscheck für diesen Dialog. Wir müssen uns mal klarmachen, was jetzt hier gerade passiert: Die jüdische Gemeinschaft ist tief verunsichert. Das sage nicht ich, sondern das habe ich von Viktor Eichner, dem Repräsentanten des Jüdischen Weltkongresses gehört, der das auch für ganz Europa sagt. Das ist ja kein deutsches Spezifikum, muss man ehrlicherweise sagen. Wir hören, dass Juden ihr Jüdischsein verbergen, oder jetzt gerade vor ein paar Wochen waren auch Zahlen einer repräsentativen Umfrage für ganz Europa zu lesen. Immer mehr Juden ziehen sich zurück und fühlen sich durch die nicht jüdischen Angehörigen ihrer jeweiligen Gesellschaften nicht mehr unterstützt. Das ist ein Riesenproblem, und dann taucht natürlich wirklich die Frage auf: Was bringt denn dieser Dialog? Wo kann man denn da noch helfen? Ist das wirklich nur eine Sache, die sich im Elfenbeinturm abspielt?

Was nicht passieren darf, ist ein Eindruck von Sprachlosigkeit, der sich nach dem 7. Oktober aufgedrängt hat, das heißt, dass man nicht wirklich taff über die harten Konflikte redet. Ich glaube, das gehört wirklich auch zu diesem Dialog unbedingt dazu, dass man über die harten Themen redet und sie nicht ausklammert, also beispielsweise auch über Phänomene der konfrontativen Religionsbekundung. Dass man darüber redet, was anliegt und was beispielsweise beim Ramadan an Schulen passiert. Ehrlicherweise sind das auch Fragen, die sich schon vor dem 7. Oktober 2023 angedeutet haben, beispielsweise in den postkolonialen Debatten, die ja mit offenen Armen, insbesondere auch von der evangelischen Kirche, aber auch von der katholischen Kirche, aufgenommen worden sind. Ich erinnere dabei auch an den Konflikt bei der Verleihung der Buber-Rosenzweig-Medaille 2025, wo das mit reingespielt hat, wo Josef Schuster gesagt hat: Ich finde die Preisverleihung an Meron Mendel nicht in Ordnung –, wo diese Fragen eine Rolle spielen, und dieser postkoloniale Diskurs, der hat nun einfach mal antisemitische Schlagseite. Auch diese Themen müssen offensiv in diesen Dialogrunden adressiert werden, sonst erledigt sich dieser Dialog ein Stück weit aus meiner Sicht.

Es gibt ja schon längerfristig – auch auf evangelischer Seite hatte ich ein Papier gefunden, was sich mit diesen kritischen Einwänden gegenüber dem interreligiösen Dialog auseinandersetzt – auch aus der Beobachtung der evangelischen Kirche sehr oft die Tendenz, die wirklich harten Wahrheitsfragen auszugrenzen und mehr auf das ethische Feld überzuleiten, wo man sich dann relativ schnell einig ist, beispielsweise beim Thema Menschenrechte, um die Harmonie aufrechterhalten zu können. Ich fand es in diesem Papier auch interessant, dass man dort auch dafür plädiert hat, Konflikte austragen zu können, auch um Konfliktpotenziale wieder eingrenzen zu können und überhaupt die Möglichkeit zu schaffen, im Rahmen dieses interreligiösen Dialogs dann auch Konflikte auszutragen und möglicherweise dann auch offenzuhalten.

Was ich auch ganz wichtig fand, war, dass diesem interreligiösen Dialog auch unbedingt ein intrareligiöser Dialog – so wie es in diesem Papier hieß – an die Seite gestellt werden muss. Es kann nicht sein, dass im Elfenbeinturm Vertreter diskutieren, und da kommt auf der Straße

überhaupt nichts an, sondern das muss auch innerhalb der Kirche und innerhalb der Religionsgemeinschaften diskutiert und vertreten werden, was man dann so in einem Dialog sagt. Gerade mit den innerkirchlichen, innerjüdischen, innermuslimischen Kritikern dieses Dialogs muss man dann auch reden und sagen, warum man das tut und wo dann die Konfliktlinien sind. Ich glaube, da wird dann auch oft zu viel ausgegrenzt als wirklich thematisiert.

Ich habe da kein Patentrezept, wie wahrscheinlich wenige von uns. Die Situation ist nicht einfach, überhaupt keine Frage, aber das wäre mein Petitum, diese Konflikte auszuhalten, dahin zu gehen, wo es wehtut, gesellschaftliche Polarisierung ist ja ohnehin auch noch eine Matrix, die unter allem liegt, die dem auch zugrunde liegt, dass man sich dann versucht, miteinander ins Benehmen zu setzen, und wenn es dann nicht geht, auch diese Konflikt- und Trennungslinien ganz klar deutlich zu machen.

Ich fand gut, was Sie, Herr Stolte, gerade gesagt haben, es geht eben nicht um eine Amalgamierung der Religion oder irgendeine Einheitsreligion, sondern, sondern dass jede dieser Religionen natürlich ihre Charakteristika und ihre eigenen Wahrheitsüberzeugungen auch behält. Das ist, glaube ich, ganz entscheidend, dass das auch immer wieder betont wird. – Ganz herzlichen Dank!

Vorsitzender Peer Mock-Stümer: Vielen Dank! – Herr Abgeordneter Naumann, bitte schön, Sie haben das Wort!

Reinhard Naumann (SPD): Auch seitens der SPD-Fraktion ein herzliches Dankeschön an das bisher Ausgeführte! – Ein Feedback meinerseits als Sprecher für Religion zu vier Punkten. Konkrete Frage an Sie: Wir sind ja hier im Abgeordnetenhaus und damit auf Landesebene, wir haben hier die Schnittstelle zur Landesregierung, dem Senat, aber es gibt ja nun insgesamt in der Verfasstheit der Bundeshauptstadt auch zwölf Bezirke, zwölf veritable Großstädte. Mein Heimatbezirk Charlottenburg-Wilmersdorf, auch Heimatbezirk für zahlreiche jüdische Einrichtungen, hat bekanntermaßen inzwischen fast 350 000 Einwohner, Pankow hat vor geraumer Zeit schon die 400 000 als Limit geknackt. Wie nehmen Sie die bezirkliche Ebene aus dem Blickwinkel Ihrer Arbeit wahr – Stichworte interreligiöser Dialog, Ansprechpersonen, Offenheit, Blockaden, Desinteresse? Das ist Frage eins.

Frage zwei, da gehe ich selbst ein Stück weit jetzt in die Bewertung hinein, ich habe es vorhin auch schon bei der Begründung vermerkt: Mir wird immer zurückgespiegelt, und zwar sowohl von jüdischer als auch von muslimischer Seite, dass beidseitig ein Empathieverlust beklagt wird, insbesondere im Nachgang des 7. Oktober. Jüdische Menschen sind wirklich erschrocken, mit welcher Kühle, Gelassenheit, Ignoranz, Mehrheitsgesellschaft ihre Bedrängnis teilweise nicht wahrnimmt, und aufseiten der auch bei uns eine Heimat gefundenen, ihr Zuhause habenden zahlreichen muslimischen Mitbürgerinnen und Mitbürgern wird ein Vakuum wahrgenommen, ihr Leid an der Schnittstelle zu verlorenen Familienmitgliedern zu sehen. Welche Möglichkeiten sehen Sie, das auch in dem von Ihnen ausdrücklich unterstrichenen Dialognotwendigkeiten künftig stärker in den Blick zu nehmen? Vor dem Hintergrund, es ist ja auch die Frage nach Haushaltsmitteln gestellt worden: Haben Sie möglicherweise auch konkrete Projektideen, dieses auch noch mal in Form von Anträgen gegenüber dem Kultursenat einzufordern?

Mein dritter von vier Punkten geht an den Senat: Herr Staatssekretär, Frau Kollegin Kahlefeld hat pauschal – so habe ich das jedenfalls wahrgenommen, verehrte Kollegin –, eine Ausgrenzung von Muslimen als Dialogpartner durch die Koalition das Wort geredet. Ich kann für meinen Verantwortungsbereich – ich wiederhole mich als Sprecher für Religion der SPD-Fraktion, das bezogen an der Schnittstelle zur Senatskulturverwaltung – so nicht erkennen, dann hätte ich mich dazu entsprechend kritisch verhalten. Meine Bitte ist, möglicherweise dazu eine Klarstellung vorzunehmen.

Mein letzter Punkt geht ganz kurz: Das Drei-Religionen-Kitahaus war zu Recht in der Entwicklung kritisch angesprochen worden. Seitens der SPD-Fraktion würden wir es außerordentlich begrüßen, wenn an anderer Stelle da noch mal mit neuem Elan ein Erfolg erzielt werden könnte. Die SPD-Fraktion wird das unterstützen.

Vorsitzender Peer Mock-Stümer: Herr Abgeordneter Wesener. – Bitte schön!

Daniel Wesener (GRÜNE): Das ging ja schnell! – Danke, Herr Vorsitzender! – Herr Naumann, um da gleich anzuschließen: Wenn Sie zu mehr Elan auffordern, dann schauen Sie meines Erachtens hier die falsche Seite an! –, um das mal deutlich zu sagen. Da hat es nun weiß Gott nicht an Elan, Engagement et cetera pp. gefehlt, sondern da schauen Sie bitte schön auf Ihren Senat. Das ist hochnotpeinlich, da sind wir uns, glaube ich, einig, was im Zusammenhang mit der Drei-Religionen-Kita passiert ist. Da müssen wir vielleicht auch mal mit der Bildungsverwaltung reden. Mir ist nur wichtig, dass wir die Verantwortlichkeiten klar benennen, und die Verantwortlichen sind in dem Fall nicht die Anzuhörenden, sondern, wie gesagt, da fassen Sie sich an Ihre eigene politische Nase.

Ich will noch mal besser verstehen, wie es nun wirklich um das House of One steht. Sehen Sie mir das nach! Wir haben ein ursprüngliches Bauprogramm, eine Bedarfsplanung in Höhe von circa 40 Millionen Euro, da wissen wir um den Beitrag der verschiedenen Financiers. Dann gab es die Meldung: Baukostensteigerung et cetera pp. 70 Millionen Euro. Das ist übrigens nicht so verwunderlich. Ich habe mich ja gerade über Ihre Einladung gefreut, wo Sie ja noch mal schreiben: Vor fünf Jahren wurde der Grundstein gelegt. Da weiß jeder, der sich ein bisschen mit Baupreisindex und Baukostenentwicklung auskennt, da kommt ein erkleckliches Sümmchen zusammen. Jetzt habe ich das so verstanden, dass Sie diese 30 Millionen Euro zusätzliche Kosten einsparen wollen. Das finde ich natürlich erst mal löblich, auch die öffentliche Hand fragt übrigens bei solchen Kostenentwicklungen regelmäßig: Darf es nicht ein bisschen weniger sein? – Ich muss Ihnen nur ehrlich gestehen, mir ist völlig unklar, wie das in diesem finanziellen Umfang gelingen soll. Es ist ja nicht so, dass Sie da ein bisschen weniger Einrichtungsgegenstände einplanen oder von goldenen Wasserhähnen auf bronzene umschalten, sondern da reden wir ja wirklich über tiefe Eingriffe in das Bedarfsprogramm. Da reden wir wahrscheinlich über funktionsrelevante Räumlichkeiten. Überraschen Sie mich gern! Ich habe nur solche Prozesse zum Teil begleitet, und da haben Bauherrinnen und Bauherren immer gesagt: Klar, 5 Prozent, 10 Prozent, das bekommen wir irgendwie weggedrückt, da bekommen wir entsprechende Mehrkosten abgefedert, aber 30 Millionen Euro bei einem Bauvolumen von 70 Millionen Euro, und das können wir ja jetzt auch noch mal fortschreiben, was die Baupreisindexentwicklung angeht – Vielleicht können Sie mir/uns da ein bisschen Hoffnung machen, dass das House of One auch am Ende wirklich ein House of One ist und nicht die minivirtuelle oder sonst wie Version der ursprünglichen Idee. Wenn Sie das noch mal plastisch machen könnten, freuen wir uns! – Danke!

Vorsitzender Peer Mock-Stümer: Vielen Dank! – Weitere Wortmeldungen liegen mir jetzt nicht vor. Bevor ich an unsere Anzuhörenden das Wort zurückgebe, möchte ich dem Herrn Staatssekretär das Wort erteilen. – Bitte schön!

Staatssekretär Alexander Straßmeir (SenKultGZ): Vielen Dank! – Direkt angesprochen, lieber Abgeordneter Naumann, also die Ausgrenzung von Muslimen als Dialogpartner kann ich, jedenfalls für den Geschäftsbereich, für den ich hier sitze, nicht bestätigen. Das ist ausdrücklich falsch. Ich hatte es so verstanden, dass Sie nicht mich meinen und auch nicht unser Ressort, aber die Klarstellung gebe ich gern ab. Wir fördern weiter. Es ist ja geradezu bei uns Voraussetzung, dass es mehr als eine Religion oder Glaubensgemeinschaft ist.

Ich bin auch gern bereit, noch einen Satz zur Drei-Religionen-Kita zu sagen: Wir haben die fachlich aus unserer Sicht, in meiner Verantwortung – auch der meines Vorgängers – immer befürwortet, und wir befürworten die auch weiterhin als ein Projekt.

Auf die Fragen, die zum Thema Sicherheitsleistungen für jüdische Einrichtungen und Veranstaltungen aufgeworfen worden sind, Frau Abgeordnete Kahlefeld, kann ich Ihnen eigentlich nur recht geben: Es ist nicht einsichtig, warum Sicherungsmaßnahmen, also die Abwehr von Gefahren für die öffentliche Sicherheit und Ordnung, von der für Religionsfragen zuständigen Senatsverwaltung übernommen wird. Dazu fehlt uns die Expertise, die wir auf anderem Gebiet reichlich haben, aber diese haben wir nicht, und ich denke auch, das müsste – das sage ich auch gern dem gegenwärtigen Finanzsenator, das würde ich auch künftigen Finanzsenatoren sagen, sage ich auch im Beisein eines ehemaligen Finanzsenators – als Beitrag umressortiert werden von dorthin, wo es ist. Wir sind gern bereit, für die innere Sicherheit von Museen im Inneren die Verantwortung zu übernehmen, aber dass wir die Sicherung des öffentlichen Raums und Straßenraums machen, da gebe ich Ihnen recht, gehört nicht zu unserem Ressort.

Ich freue mich, dass es zum House of One während des Moratoriums, zu dem wir und die Bundesrepublik Deutschland angehalten worden sind, ein Prozess des Überdenkens, vielleicht auch noch Umkonzipierens stattfinden kann. Wir haben – das hat Herr Stolte gesagt –, Aktivitäten weiterhin gefördert. Das sind für die drei Projekte, die Herr Stolte genannt hat, immerhin rund 585 000 Euro in den beiden Jahren 2026 und 2027. Das ist gut, das ist lebendig dort. Aber ich gebe allen Rednerinnen und Rednern recht, dass das House of One irgendwann auch ein Haus braucht. Schon beim Kirchentag in Berlin 2017 kamen interessierte Christinnen und Christen und haben sich erkundigt, wann sie denn im Rahmen des Programms das House of One mal besichtigt können. Ich hoffe, dass wir die Antwort darauf dann zeitnah geben können und bin zuversichtlich, dass wir als Land die Zuwendungsmittel dafür, die wir seit langer Zeit schon im Haushalt haben, und die Bundesrepublik Deutschland, die den noch größeren Zuwendungsbetrag im Haushalt hat, dann auch dazu kommen, die für das Projekt auszugeben.

Vorsitzender Peer Mock-Stümer: Vielen Dank, Herr Staatssekretär! – Dann würde ich wieder an die Anzuhörenden geben. – Frau Gardei, Sie dürfen beginnen, bitte schön!

Pfarrerin Marion Gardei (Gesellschaft für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit in Berlin e. V.): Danke schön! – Ich wollte zunächst etwas zu der Frage sagen, ob wir auch nicht religiöse Menschen mit einbeziehen und ansprechen. Ich glaube, das tun wir in sehr vielfältiger Weise. Unsere Dialogformate sind keineswegs Clubs für Insider. Gerade Menschen, die professionell mit dem Thema arbeiten, sind da nicht so viel zu finden, sondern ganz interessierte

Bürgerinnen und Bürger, die sich fragen: Wie kann ich mein Leben sinnvoll gestalten? Wie kann ich leben, ohne anderen Menschen wehzutun? Wo sind die Grenzen meiner Moral? – Das sind alles Suchende, die sich zum Beispiel in solchen Formaten zusammenfinden, die Fragen haben und ganz oft gerade Menschen, die bei keiner Glaubensgemeinschaft fest engagiert sind oder jedenfalls formell zu keiner gehören. Da sind wir ganz offen. Das, was Sie als „ganz Normale“ bezeichnet haben, damit meinen Sie wahrscheinlich diese Menschen. Wir als religiös Engagierte fühlen uns auch ganz normal, aber mit den anderen ins Gespräch zu kommen, Reinhard Naumann, wo in den Bezirken in Bezug auf Glaubensgemeinschaften wenig Engagement ist, ist ganz wichtig, denn auch da ist der soziale Friede gefährdet. Es gibt da auch ein sehr fröhliches Crossover zwischen den Bezirken. Wenn wir zum Beispiel in die Schulen gehen, wir haben Menschen, die wir dorthin schicken, die von ihren Lebenserfahrungen berichten oder aus Büchern vorlesen, mit den Schülerinnen und Schülern diskutieren, die gehen in alle möglichen Schulen – Gerade diese Frage, dass wir die Basis nicht erreichen, ist, glaube ich, etwas, was man uns nicht vorwerfen kann. Das ist eigentlich unsere Kompetenz, Gott sei Dank!

Jetzt ist der Kollege nicht da. Konflikte werden natürlich nicht unter den Teppich gekehrt, sondern auch innerhalb der Diskussionspartner und der Religionen gibt es verschiedene Meinungen, die wir miteinander diskutieren müssen. Gerade die evangelische Kirche ist ja doch dafür bekannt, dass sie jetzt nicht den einen Papst hat, der mit einer Stimme spricht, sondern dass wir divers sind und auf verschiedenen Wegen nach der Wahrheit suchen. Ich glaube trotzdem, dass man sich, auch wenn man unterschiedlicher Meinung ist, in ethischen Fragen verständigen kann. Das empfinde ich als ein sehr hohes Gut. Wenn man gemeinsam gegen Ungerechtigkeiten handeln kann, dann ist das ganz viel, auch wenn man verschiedenen Religionen angehört, denn es geht ja darum, dass wir alle unsere Religionen lernen, unseren Glauben, unsere Identität positiv auszusagen und nicht auf der negativen Folie einer anderen Religion. Darum geht es in dem Gespräch, dass wir mit Empathie auf den anderen zugehen, Empathie ist immer der Motor, aber dass wir auch unsere eigene Identität bewahren und positiv aussagen können, wofür wir stehen, was wir sinnvoll im Leben finden. Darum geht es.

Gefragt nach der Förderung, kann ich für die Gesellschaft für Christlich-Jüdische sagen, wir erhalten eine jährliche institutionelle Förderung, die das Notwendigste abdeckt, aber wenn wir jetzt zum Beispiel Medienkampagnen machen – und das ist wichtig, dass wir uns auch in die sozialen Medien einmischen –, dann brauchen wir dazu auch Kompetenz und Schulung. Das sind alles Dinge, die sehr viel Geld kosten. Da haben wir uns gerade einiges in Berlin vorgenommen, zusammen mit jungen Menschen, die wir zu Botschafterinnen und Botschaftern machen wollen. Unser Anliegen ist, das zu entwickeln. Das wäre zum Beispiel ein Punkt, der durch diese reguläre Förderung nicht abgedeckt werden kann.

Vorsitzender Peer Mock-Stümer: Vielen Dank! – Herr Prof. Nachama. – Bitte schön!

Rabbiner Dr. Andreas Nachama (Synagoge Sukkat Schalom der Jüdischen Gemeinde Berlin): Ich fand die Frage nach dem normalen Berliner ganz interessant, weil ich mir gar nicht vorstellen kann, welcher Berliner jetzt normal oder welcher Berliner nicht normal ist. Der Punkt an der Sache ist der – ob jetzt mit dem Hut für das House of One auf oder als Rabbiner oder als Leiter der Rabbinerausbildung in Potsdam: Ich bin sehr häufig unterwegs, um mit Pflegekräften, die in Krankenhäusern, in Alteneinrichtungen mit Patienten arbeiten, Fragen zu beantworten, wie man mit nicht christlichen Patienten umgeht, wie man mit jüdischen Patien-

ten umgeht, was zu beachten ist, welche kulturellen Empfindsamkeiten es geben kann, wie das mit den Feiertagen aussieht, wo ich überhaupt mal nachschauen kann, wann ein jüdischer Feiertag ist und so weiter und so fort. Ich glaube, das sind zum großen Teil Personen, die jetzt nicht unbedingt religiös gebunden sind, aber die mit religiös gebundenen Menschen zu tun haben und deshalb Fragen und Nachfragen haben. Ich finde, das ist etwas, was das House of One leisten kann, was aber auch jetzt meine Synagoge leistet oder ich in dem Sinne lebenslang gemacht habe, also mit anderen, die Fragen an das Judentum haben, in den Dialog zu treten und zu sprechen. Man sieht ja auch, dass das funktioniert und am Ende auch immer wieder Personen anspricht, die sich vorher mit dem Thema überhaupt nicht auseinandergesetzt haben.

Wir haben eine ganze Weile die Friedensgebete in der Gedächtniskirche gemacht, im Alten Turm, wo ja viele Touristen und Menschen, die dort einfach so vorbeikommen, durchlaufen, die dann an dem Projekt House of One oder an dem Projekt, dass da drei Geistliche nebeneinanderstehen, Schulter an Schulter, und ein gemeinsames Friedensgebet artikulieren, die da auf einmal angesprochen wurden und ins Gespräch gekommen sind.

So muss man sich das vorstellen. Es gibt diejenigen, die man gezielt ansprechen kann, wo jemand auf mich zukommt und eine Frage hat, da hat man eine genaue Zielgruppe. Es gibt diejenigen, die zu Gottesdiensten kommen, zu Lesezeichen, wie wir solche Projekte nennen, wo es beispielsweise um Fasten in den drei Religionen geht, die gezielt dahin kommen, manche kommen durch Zufall vorbei, bleiben dann dabei stehen, und so ergibt sich eine Art von Pingpong, das weit über das hinausgeht, was man eigentlich als gesetzte Gemeinderäume hätte.

Wenn Sie mich fragen, was ich mir vom Senat oder von der Stadt Berlin wünsche, dann würde ich schon sehr deutlich sagen: Die letzten zehn Jahre, die ich im House of One bin, hatte ich, als ich da angefangen habe, große Sorge, wie ich mit dem Iman auskommen werden, mit dem komme ich prima aus. Aber das eigentliche Problem ist: Seit zehn Jahren schlage ich mich wieder – und das „Wieder“ bezieht sich dann auf die Topographie des Terrors – mit Baufragen rum, die mich eigentlich nicht die Bohne interessieren, ich bin Theologe und kein Baufachmann. Wenn ich mir etwas von der Stadt Berlin wünschen würde, dann wäre es, die Projektsteuerung und das Errichten dieses Gebäudes mit dem vorhandenen Geld zu übernehmen und fertigzustellen. Das kann nicht – – Wir können das garantiert nicht machen. Das wird nicht funktionieren. Deshalb dauert das auch so lange, weil am Ende die Sachkompetenz nicht da ist.

Sie alle wissen, es gab damals den Neuanfang mit dem zweiten Bau der Topographie des Terrors, der jetzt da gegenübersteht. Davor gab es ja auch einen architektonisch hochgelobten Entwurf, so wie jetzt auch, und ich habe damals gesagt: Wir brauchen einen undekorierten Schuppen, um die Arbeit, nämlich die Dokumentations- und Aufklärungsarbeit, machen zu können. Der steht da jetzt, dieser undekorierte Schuppen, im Fokus hatten wir das mal Gedenk-Lidl genannt, aber mit 1,3 bis 1,5 Millionen Besuchern sehr erfolgreich. So wünschte ich mir einen Religions-Lidl viel lieber als so einen komplizierten Bau, der mich als Bauherren total überfordert. Das ist das, wenn Sie mich fragen, was ich mir von der Stadt Berlin wünsche. Ich weiß schon, da wird es viele Bedenkenträger geben, die sagen: Das kann die Stadt nicht! Das müsst Ihr selber leisten! – Nun gut, wir werden tun, was wir können!

Die Rahmenbedingungen, die wir vorfinden, sind, wie ich finde, immer wieder anders und immer wieder herausfordernd. Jede Nachricht aus dem Nahen Osten, bei einem international vagabundierendem Terrorismus, bei all dem, was wir haben, ist etwas, was einen herausfordert und immer wieder in neue Situationen bringt. Dann komme ich auch zu dieser Frage der Sicherheit, wozu ich keine Aussagen treffen kann, weil ich in dem Sinne nicht für die Organisation der Jüdischen Gemeinde sprechen kann, sondern nur als Theologe. Aber so, wie Sie es gesagt haben, leuchtet es natürlich sehr ein. Am Ende gibt es eine inhaltliche Dimension des christlich-jüdischen Dialogs und des Miteinanders, und dafür sitzen wir heute hier, und dann gibt es auch einen organisatorischen oder ordnungspolitischen, und dafür kann ich nicht sprechen. – Vielen Dank!

Vorsitzender Peer Mock-Stümer: Vielen Dank, Herr Prof. Nachama! – Frau Reimann, bitte schön!

Iman Andrea Reimann (DMZ): Danke schön! – Es wurde ja von dem Realitätscheck der Religionen gesprochen. Ich weiß gar nicht, ob man überhaupt checkt, was in Religionsgemeinschaften an sich los ist, wenn man nicht selbst einer angehört oder irgendeiner Gruppe,

der man sich zugehörig fühlt, weil man nur dann weiß, was ist und wie man sich anderen gegenüber verhält.

Wir haben natürlich Menschen in Berlin, die fühlen sich vielleicht muslimisch, jüdisch, christlich, hinduistisch, buddhistisch und so weiter, sind aber Laien, weil sie das einfach mögen oder sie so geboren wurden oder die Familien sie so großgezogen haben, und sind gar nicht immer in dem Thema drin, wie wir jetzt hier vielleicht sitzen oder Sie, weil Sie hier im Kulturausschuss sind. Das heißt, wir haben immer mit verschiedenen Ebenen zu tun, wie sich Menschen begegnen.

Ich habe mich jetzt an zwei Dinge erinnert, die ich selbst persönlich erlebt habe. Als damals der Bosnienkrieg ausgebrochen ist, habe ich das erste Mal in meiner Klasse mitbekommen, dass es anscheinend nicht den oder die Jugoslawen gibt, sondern dass es Kroaten gibt und Slowenen und Bosnier und Serben und so weiter. Dann ist für mich ein zweites Datum 2014, wo wir durch den Nahost-Konflikt auch schon eine ziemlich große Krise hatten, als Israel und Gaza auch schon schwer miteinander zu tun hatten. Ich war damals in einer interreligiösen Initiative, die auch vom Berliner Missionswerk mitorganisiert wurde, und wir waren dialogisch unterwegs, und wir standen uns dieser Situation gegenüber: Wie handeln wir jetzt eigentlich? Was machen wir überhaupt? –, und wir hatten uns dann entschlossen, bei Sankt Marien ein schweigendes Friedensgebet durchzuführen. Das war eine gute Form, die damals für uns gepasst hat. Heute können wir nicht mehr schweigen, denn, wenn man so denkt, seit 2014 – –, und ich muss wirklich sagen, das, was damals schon in den Schulen passiert ist, wie es Kindern ergangen ist, das hätte man damals schon mit aufgreifen müssen, damit es nicht zu diesen Empathieverlusten führt, die uns heute begegnen.

Zur Frage von Susanna Kahlefeld: Was machen wir eigentlich, wenn es weitere Ausgrenzung gibt, oder wenn es keine Finanzierung mehr gibt? – Meine große Befürchtung ist, dass sich immer mehr Menschen zurückziehen, gerade die, die sich gerade sehr stark engagieren, ich mache das alles in meinem Ehrenamt, andere werden dafür bezahlt, die gehen irgendwann in Rente, und vielleicht machen sie es dann noch aus Leidenschaft weiter, aber haben dann vielleicht nicht mehr dieselbe Wirkmächtigkeit, wenn sie das beruflich machen.

Frau Gardei hat das auch angesprochen: Die jungen Menschen mitzunehmen, ist eine schwierige Geschichte. Wenn man keine Hauptamtlichen hat, die sich wirklich intensiv um junge Menschen bemühen, ihnen zur Seite stehen, gute Angebote machen, dann wird auch das schwierig, die jungen Menschen zu erreichen und für diese Arbeit zu interessieren.

Ein Punkt, der hier auch angesprochen wurde, die bezirkliche Ebene: Für mich ist das ein großer Faktor, weil die Kieze das Momentum sind, wo sich Menschen begegnen, wir haben ja Quartiersmanagement und so weiter. Hier müssen die Bezirke konkreter angesprochen werden, weil die interreligiöse Zusammenarbeit in den Bezirken sehr unterschiedlich ist. Wenn sich keiner dafür interessiert, starkmacht oder die Manpower hat, Tempelhof-Schöneberg ist so ein Beispiel, wenn irgendwann die Manpower fehlt, dann schläft das auch mitunter ein. Oder man kommt dann zu so einem Moment: Im Ramadan wird in Reinickendorf zum Fastenbrechen eingeladen, und dann hat man den Stress in der BVV und in den Medien. Das heißt: Wo können wir Räume schaffen, um Menschen zusammenzubringen, um überhaupt mal zu erfahren, wie steht ihr zu diesem oder jenem? Das ist, glaube ich, wichtig, und da muss man vielleicht auch manchmal ein bisschen Vertrauensvorschuss leisten.

Ich habe bei der Einweihung des Vorplatzes den Leiter der Berliner Feuerwehr kennengelernt, und der hat mir dann gesagt: Es gibt zum Totensonntag ein interreligiöses Gebet im Berliner Dom, und darauf freut er sich schon, und das ist so wichtig und so weiter. – Also es gibt überall kleine Pflänzchen, und ich glaube, dass wir das viel sichtbarer machen und auch streuen müssen. Ich habe gesagt: Wen haben Sie denn noch dazu eingeladen? – Daran liegt es. Wer wird aus den Bezirken eingeladen? Werden vielleicht mal Schulklassen eingeladen, damit die auch sehen: Die Feuerwehrleute sind irgendwie doch ganz coole Personen, und die müssen wir nicht mobben und so weiter? Wir müssen also mehr Orte schaffen, Räume schaffen, wo Stakeholder aus den verschiedenen Professionen zusammenkommen.

Ein Wunsch, den ich wirklich auch hätte: Wir haben ja die Bezirksämter oder vielleicht auch die Senatsverwaltung, und vielleicht gibt es auch ab und zu mal einen Raum, der nicht so genutzt wird, der aber zur Verfügung gestellt wird, dass zum Beispiel kleine Initiativen oder Vereine, die sich finanziell keinen eigenen Raum leisten können, dort zusammenkommen, denn dann ja Menschen auch schon mal ins Gespräch kommen. Dort kann man auch ehrenamtliches Engagement weiter voranbringen.

Was ich mir für den jüdisch-muslimischen Dialog wünschen würde, dass es eine Begleitung und auch Mediation zur Friedensarbeit gäbe. Ich habe in meinem Umfeld doch einige, die sich zusammen auf den Weg machen, und dann gibt es wieder andere, die sagen: Ja, aber so lange ihr das nicht gesagt habt, dann wird das nichts! – Ich glaube, dass wir das nicht alleine lösen können, sondern wir brauchen da die politische Begleitung, dass da noch mal konkreter gesagt wird: Ihr seid ein wichtiger Teil dieser Stadt, und wir helfen euch da auch mal durch, auch wenn es vielleicht mal ein bisschen knirscht! – Danke!

Vorsitzender Peer Mock-Stümer: Vielen Dank! – Herr Stolte, bitte schön!

Roland Stolte (Stiftung House of One): Ich versuche, es zu bündeln. – Thema Bau und Finanzen: Ich glaube, die Abwägungsprozesse innerhalb der Stiftung sind ja alles andere als einfach. Wir bekommen ja von außen verschiedene Signale. Das eine Signal, das wir ganz stark bekommen, ist, dass das House of One, je mehr desto besser, inhaltliche Arbeit in der Stadt machen soll. Das wächst ja, gedeiht, und wir haben es gerade auch gehört: Wir selbst haben auch eine große Sehnsucht nach inhaltlicher Arbeit, die besser und auch umfänglicher machen zu können. Das heißt jetzt im Hinblick auf den Bau, dass es für die Stiftung eine sehr schwierige Entwicklung wäre, wenn wir jetzt – Sie haben es gerade erwähnt – mit Baupreissteigerung und erweitertem Fundraisingbedarf ein Bauprojekt machen würden, das ein finanzielles Volumen von 67 oder 69 Millionen Euro hätte und wir im Grunde alle Kapazitäten in der Stiftung, die ja auch nicht so groß ist, in den Bau und in das Baufundraising stecken müssten. Insofern haben wir die Entscheidung getroffen, dass wir gesagt haben: So wird es nicht gelingen! In dieser Balance, wie ich vorhin erwähnt hatte, zwischen diesen zwei Säulen, zwischen dem Bauprojekt interreligiös gedacht und der inhaltlichen Arbeit. Daraus ist ja diese Variante entstanden, dass man sagt: Kann man das vereinfachen? – Dazu gibt es eine erste Studie, die wir im Rahmen dieses Moratoriums jetzt durch das Bauministerium, durch die Kulturverwaltung und das BBR einvernehmlich erstellen ließen. Gravierende Kostensenkungen, und Sie werden noch verblüfft sein, weil das jetzt sogar so gedacht ist, dass die Kubatur des Gebäudes sogar erhalten bleibt, und zwar gibt es dann Kostenhalbierungen beim Wandaufbau, Kostenhalbierungen bei der TGA, und auch die Nutzflächen werden reduziert auf das, was wirklich die Kernthemen des House of One ausmacht. Insofern war und ist es

ambitioniert, aber es ist jetzt einmal so durchdacht worden. Ob das aber so gelingen kann oder ob man nicht doch noch mal andere Wege im Sinne eines Neuanfangs bedenken muss, das ist gerade Gegenstand von Abstimmungen, die wir mit dem Bauministerium, mit der Kulturverwaltung und auch mit dem BBR führen. Da wird es Ende des Monats noch mal eine große Runde geben. Es sind da viele Themen zu bedenken, von zuwendungsrechtlichen Fragen, baufachlichen Themen. Das ist jetzt noch mal ein Knoten, den wir lösen müssen. Es wissen aber alle, es muss jetzt bald passieren. Insofern ist dieses Moratorium auch bis Mitte des Jahres befristet. Es wissen alle, dass gerade auf Bundesebene die Mittel für das nächste Jahr so eng werden, das muss jetzt einfach entschieden werden. Deshalb sind wir jetzt gerade in einer Phase, wo das noch mal abschließend gebündelt aufbereitet wird, und es muss dann entschieden werden. Deshalb die Runden, die jetzt bevorstehen, deshalb ist es ein bisschen zu früh jetzt hier in der Konstellation, aber dann wird ja auch bekanntgegeben werden, wie es da weitergehen wird. Das ist der Stand.

Wir alle haben natürlich – Wir werden von allen gefragt, wann es denn losgeht, wann es weitergeht, und die Gründung ist ja schon in der Erde. Es sind also viele Rahmenbedingungen zu bedenken, aber der Wunsch, dass es jetzt zügig weitergeht, ist natürlich omnipräsent.

Zweiter Punkt, es wurde nach der Aufteilung von Bund und Land gefragt: Es sind ja gut 25 Millionen Euro Bundesmittel, 15 Millionen Euro Landesmittel, so ist die Aufteilung. Insofern wird das alles jetzt immer in dieser Kopplung von Bund und Land, in dieser Konstellation erörtert.

Dann kam die Frage zur Verbindung zu den Bezirken, die beim House of One sehr gut funktioniert. Wir haben natürlich eine sehr enge Anbindung zum Stadtbezirk Mitte, wir haben aber auch Partnerschulen, die im ganzen Stadtgebiet verteilt sind, insofern haben wir auch in andere Bezirke und auch zu den Stadträten der anderen Bezirke eine gute Verbindung. Für den Moment würde ich sagen, dass wir diese Balance zwischen Internationalität und Basisarbeiten in den Bezirken ganz gut hinbekommen.

Ich hätte einen Wunsch an die Senatsebene, und zwar will ich nur kurz zwei Rückmeldungen wiedergeben. Eine Rückmeldung, die wir mal bekommen haben, ist, dass ich den Pressesprecher von visitBerlin vor einigen Wochen getroffen habe, der mir erzählt hat, wenn sie durch die Lande und durch die Welt ziehen, um Berlin zu promoten, dass dort das House of One dasjenige Projekt ist, wo er ganz klar sagen würde: Das ist das, was am uneingeschränktesten bejaht und begrüßt wird. Insofern gibt es weiterhin und ungebrochen diese große Resonanz zu dieser Idee und dass es diese bauliche Gestalt bekommt.

Das Zweite, das wir von ganz vielen Leuten, die das Projekt unterstützen, die den symbolischen Stein spenden und Ähnliches, auch gespiegelt bekommen, ist, dass viele sagen: So eine Idee, wie das House of One, kann nur in Berlin ihren Anfang nehmen, weil es zu dieser Stadt, wo Lessing und Moses Mendelssohn die Berliner Aufklärung gegründet haben, wo der Mauerfall war, also es passt so gut zu diesem bunten Berlin, dass es ein tolles Geschenk ist, das von Berlin ausgeht und auch da eine große Ausstrahlung gewinnen wird.

Was ich mir wünschen würde, dass ein bisschen mehr dieser Mut und dieses Einordnen, dass es schon etwas Schönes in dieser Stadt sein wird und auch etwas ist, worauf Berlin stolz sein kann und was man dann so konsequent, wie es geht, auch in die Realisierung bekommen soll-

te. Ich fände es also ganz schön, wenn wir ein bisschen Mut und Zuversicht bei allen Diskussionen, die uns bevorstehen, miteinander schaffen würden.

Vorsitzender Peer Mock-Stümer: Vielen Dank, Herr Stolte! – Herr Staatssekretär bat noch mal um das Wort. – Bitte schön!

Staatssekretär Alexander Straßmeir (SenKultGZ): Einige Fragen oder Anmerkungen wurden direkt an uns gerichtet. Dann fange ich gleich bei Ihnen, Herr Stolte, an. Mut und Befürwortung, dass das was Schönes wird, ich glaube, da sind wir ganz dicht bei Ihnen und erfüllen diesen Wunsch in unseren getrennten Rollen, die wir haben, und es ist eben unsere Rolle, dass wir der Zuwendungsgeber sind.

Ich bedaure, Herr Prof. Nachama, dass Ihnen das Bauen nicht Spaß macht und Sie leidgeprüft sind. Ich habe mal fünf Jahre Bau- und Umweltstadtrat sein dürfen, und da hat mir das Bauen Spaß gemacht. Aber ich gebe Ihnen vollkommen recht, ohne den Sachverstand, den damals das Bezirksamt hatte, wäre das nicht gegangen, und der Spaß allein reicht nicht aus und der stellt sich überdies auch gar nicht ein.

Von daher begrüße ich, wenn ich aus der Stiftung die Signale bekomme, dass erstens jetzt ein weiteres Vorstandsmitglied für die kaufmännischen Fragen wohl auch mit Bausachverstand angekommen ist, und ich begrüße auch die Diskussion, dass Sie sich jetzt im Wesentlichen zwei verschiedene Varianten genau anschauen und auch durchrechnen und durchplanen, und ich finde es ermutigend, dass einer aus dem Dreierverbund, die Evangelische Kirche Berlin-Brandenburg-schlesische Oberlausitz, in Person des Leiters des Kirchlichen Bauamts Bausachverstand hereingegeben hat, das sollte man dann auch nutzen. Ansonsten ist es natürlich bei Ihnen als Stiftung, wie Sie Ihren Stiftungsrat und Ihren Vorstand mit Sachverstand besetzen. Ich habe das beim Bau des Flughafens gesehen, es sind dann immer andere Personen, die den Betrieb eines Flughafens gut können, als diejenigen, die erst mal den Flughafen herstellen können. Es ist wichtig, dass man die in der richtigen Reihenfolge im Projekt hat.

Von daher ist es richtig: Es muss jetzt was entschieden werden, weil ein Projekt House of One ohne Haus spricht unter Umständen mal eine mitlaufende Gegeninformation, die man nicht möchte, nämlich: Das gibt es nicht. – Das wollen wir alle mit Sicherheit nicht!

In dem Zusammenhang bittet ja auch der Bund mit dem Bundesbauministerium noch in diesem Monat sowohl uns als Senatsverwaltung für Kultur und Gesellschaftlichen Zusammenhalt als auch die Stiftung mit allen Stiftungsratsmitgliedern zu einem Gespräch, und dann machen die noch mal aus Sicht des Bundesbauministeriums ihre Position und Erwartung deutlich.

Auf Ihre Anregung, Frau Reimann, Unterstützung bei Raumbedarf, da gibt es zwei Dinge: Das eine ist, dass wir im Bereich Engagement und Ehrenamt die Raumbörse haben, und da versuchen wir jetzt auch, Erleichterung für das Ehrenamt einzuführen, wenn man das mit digitalen Schließrechten gestaltet, sodass da einfach der technische Zugang ein ganz einfacher wird und nicht immer so kompliziert. Wir wissen das alle, wer mal ehrenamtlich war, dass man immer erst mal den Hausmeister suchen muss, und der ist nicht da und kommt auch nicht so gern und so weiter.

Das Zweite ist, dass wir uns zusammen mit der Evangelischen Kirche an der AG Umnutzung von kirchlichen Räumen beteiligen. Da würde ich sagen: Auch wenn bei Ihnen viel Ehrenamt ist, aber da passen Sie vielleicht dann doch besser in das Profil rein, dass kirchliche Nutzung auch ergänzt oder durch andere religiöse Nutzung von evangelischen Sakralräumen abgelöst wird, von denen es mehr im Angebot gibt, als dann tatsächlich genutzt werden.

Diese beiden Hinweise wollte ich noch auf Ihre Nachfrage machen. – Vielen Dank!

Vorsitzender Peer Mock-Stümer: Vielen Dank, Herr Staatssekretär! – Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Dann bleibt mir nichts weiter übrig, als Ihnen, Frau Gardei, Herrn Prof. Nachama, Frau Reimann und Herrn Stolte für Ihre Expertise und die Zeit, die Sie sich für uns genommen haben, auf das Herzlichste zu danken. Ich wünsche Ihnen Glück und Gottessegens für Ihr Tun und für die gemeinsame Sache. Danke schön, dass Sie bei uns waren! Sie sind auf das Herzlichste eingeladen, unserer Ausschußsitzung weiterhin beizuwohnen, und Sie können auch selbstverständlich Ihren Tagesgeschäften nachgehen! – Vielen Dank für Ihr Kommen!

Ich schlage vor, dass wir die Besprechung zu Punkt 2 heute abschließen. – Ich höre keinen Widerspruch. Dann verfahren wir so. Das Wortprotokoll geht Ihnen selbstverständlich zu.

Punkt 3 (neu) der Tagesordnung

Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs
**30 Jahre Museum und Archiv in der Neuen
Synagoge Berlin – Centrum Judaicum**
(auf Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der
SPD)

[0328](#)
KultEnDe

Hierzu: Auswertung der Anhörung am 10.11.2025

Siehe Inhaltsprotokoll.

Vorsitzender Peer Mock-Stümer: Dann kommen wir zu

Punkt 4 (neu) der Tagesordnung

Bericht des Senats

Da habe ich die große Ehre und Freude, Ihnen den neuen Senator für Kultur, Stefan Evers, vorzustellen – herzlich willkommen! Alles Gute und Glück und Gottes Segen für das neue Amt! – Wir starten ganz praktisch. – Gibt es etwas zu berichten, Herr Senator? Sie haben das Wort!

Senator Stefan Evers (SenKultGZ): Vielen herzlichen Dank, Herr Vorsitzender! – Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Ich freue mich sehr, hier zu sein! In der Tat sah der Tagesverlauf zunächst etwas anders aus. Aber ich hatte dem Vorsitzenden frühzeitig signali-

siert, dass, wenn sich eine Möglichkeit ergibt – und wir hatten gerade eben noch Gespräche im Kanzleramt, auch zu Themen der Hauptstadtfinanzierung –, ich sehr gern die Gelegenheit ergreifen würde, den Bericht des Senats in der heutigen Tagesordnung zu nutzen, mich Ihnen kurz vorzustellen.

Tatsächlich muss ich Ihnen, glaube ich, den Hintergrund nicht erläutern. Die Senatorin Sarah Wedl-Wilson ist von ihrem Amt zurückgetreten. Der Regierende Bürgermeister hat sich entschieden, die Position des Senatsmitglieds für Kultur und Gesellschaftlichen Zusammenhalt bis auf Weiteres nicht nachzubetzen und hat mir die Amtsgeschäfte für diesen Geschäftsbereich übertragen.

Ich habe von Anfang an sehr deutlich gemacht, dass ich sehr darauf baue, dass die Führung der Verwaltung wie bisher in guten Staatssekretärshänden liegt. Cerstin Richter-Kotowski ist Ihnen bereits bestens bekannt, und ich gehe davon aus, dass im Laufe der heutigen Sitzung auch Staatssekretär Straßmeir hier deutlich gemacht hat, dass die Expertise, die er aus den unterschiedlichen Verantwortungsbereichen für gesellschaftlichen Zusammenhalt beibringt, ihm nicht nur sehr liegt, sondern buchstäblich in die Wiege gelegt ist.

Das gilt für meinen Teil nicht uneingeschränkt. Ich hatte nicht unbedingt damit gerechnet, diesen Aufgabenbereich jetzt verantworten zu dürfen. Nichtsdestotrotz werde ich natürlich nach bestem Wissen und Gewissen die politische Letztverantwortlichkeit für kulturpolitische Zusammenhänge und Themen des gesellschaftlichen Zusammenhalts ernst nehmen und natürlich die Belange der Kulturverwaltung so vertreten und auch bis zum Ende die Schwerpunktsetzung und Projekte, die meine Vorgängerin auf den Weg gebracht hat, fortführen, dass hier kein schuldhaftes Zögern ob der Umstände in der Besetzung der politischen Leitung vorliegt.

Mit den Staatssekretären bin ich dazu von Tag eins an in sehr engem Austausch. Sie können sich vorstellen, dass das auch für mich noch einmal einen zusätzlichen Aufwand bedeutet, in die Themenstellungen einzusteigen und gleichzeitig mir aber Vieles nicht neu ist. Zum einen hatte ich lange Jahre die Freude, diesem Ausschuss selbst anzugehören und erkenne zu meinem eigenen Erschrecken viele der Themen wieder, die wir damals schon miteinander bewegt haben. Das liegt dann aber auch vielleicht in den Berliner Gegebenheiten. Zum anderen sind natürlich viele der Themenstellungen auch – ich habe gerade über Hauptstadtfinanzierung gesprochen, aber das gilt auch für einige andere – mir dem Grunde nach aus der bisherigen Zuständigkeit heraus bekannt. Der Vorteil der Finanzverwaltung ist, eine Schnittstellenverwaltung zu sein und früher oder später mit so ziemlich allen Belangen, auch der Themenstellungen anderer Verwaltung, in Berührung zu kommen, und insofern, denke ich, wird es gelingen, auch in konstruktivem Austausch mit Ihnen allen so an die Projekte, Themenstellungen und kulturpolitischen Leitlinien anzuknüpfen, dass hier kein Abbruch der Geschäfte zu befürchten steht, ganz im Gegenteil, wie gesagt, die Staatssekretäre stehen für Kontinuität und auch mein Anspruch war, Kontinuität und Stabilität hier in die Geschäftsführung zu bringen.

Gern, wenn es Fragen gibt, das ist zu diesem TOP, glaube ich, nicht ganz üblich, will ich Sie auch hier am Ort gern beantworten, und für den Augenblick es dabei bewenden lassen, dass wir ja noch Ausschusssitzungen vor uns haben, die ich nach Möglichkeit natürlich auch bestrebt bin wahrzunehmen. Ursprünglich hätte ich es, wie gesagt, heute kaum einrichten können, aber es war mir ein Anliegen, die Gelegenheit zu nutzen, hier von Anfang an deutlich zu machen, dass ich hier auch bestrebt bin, den Austausch mit Ihnen darüber zu suchen, was kul-

turpolitisch in den verbleibenden Monaten der Legislatur noch zu bewegen ansteht. – Vielen herzlichen Dank!

Vorsitzender Peer Mock-Stümer: Vielen Dank, Herr Senator! – Gibt es weitere Anmerkungen seitens der Senatsverwaltung? Herr Staatssekretär? – Das ist nicht der Fall. Dann liegen mir einige Wortmeldungen vor, besser gesagt eine. – Herr Abgeordneter Wesener, bitte schön, Sie haben das Wort!

Daniel Wesener (GRÜNE): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Herzlich willkommen Herr Senator! Die Fragen liegen Ihnen seit letztem Donnerstag vor. Die haben wir verschriftlicht. Das sind elf Fragen, und ich freue mich gleich über Ihre Ausführungen, denn in der Tat, das ist ein Ausschuss, wo es unter dem Tagesordnungspunkt Bericht aus dem Senat in der Regel Auskünfte gibt. Das erfolgt in der Regel auch proaktiv. Jetzt, wo Sie neu im Amt sind, haben wir gern die Hilfestellung geleistet und Ihnen noch mal die Fragen und Themen zukommen lassen, die kulturpolitisch besonders pressieren.

Außerdem, Herr Senator, will ich für meine Fraktion eines klarstellen: Uns ist relativ egal, ob Sie nach Ihrer Definition dieses Amt im Nebenjob, als politisches Ehrenamt oder als Urlaubsvertretung planen auszuführen. Ich habe jetzt gerade gelernt, Sie sehen sich in der Letztverantwortung. Ich und wir hoffen, dass damit nicht das bekannte Bonmot eines Ihres Vorgängers gemeint ist: Kultur zuletzt! – Den Eindruck macht ja diese Personalie.

Wie gesagt, Ihr Verständnis ist das eine, das andere ist der Umstand, dass der Senat mit einer Stimme spricht, in diesem Fall auch zwei Senatoren mit einer Stimme sprechen, und – Sie waren vorhin noch nicht da –, also Ausführungen, wie von Frau Richter-Kotowski, die hier im Ausschuss darüber philosophiert, was der Finanzsenator im Zusammenhang mit der Finanzierungslücke beim Karneval der Kulturen eventuell vielleicht meinen könnte, werden wir natürlich nicht akzeptieren. Denn noch mal – Ihre Staatssekretärin weiß es vielleicht noch nicht –: Der Senat spricht mit einer Stimme, das sind Sie. Deswegen freuen wir uns jetzt auf die Antworten des Senats, auf die elf Fragen, die wir eingereicht haben. – Danke schön!

Vorsitzender Peer Mock-Stümer: Herr Senator!

Senator Stefan Evers (SenKultGZ): Vielen herzlichen Dank! – Die Antwort auf den Großteil der gestellten Fragestellungen wäre in der Tat: Der Senat hat bisher mit einer Stimme gesprochen und wird auch weiterhin mit einer Stimme sprechen. Tatsächlich las sich der Fragenkatalog ein Stück weit so, als vermuteten Sie ein Gegeneinander von Kulturverwaltung und Finanzverwaltung. Da Sie nach meiner Erinnerung gute Erfahrungen mit beiden Verwaltungen in der Vergangenheit sammeln durften, bin ich mir sicher, dass Ihnen das große Herz der Finanzverwaltung auch für Belange der Kultur vor Augen steht. Natürlich ist es immer Aufgabe gerade der Finanzverwaltung, konstruktiver Wegbegleiter und nicht Verhinderer zu sein.

Gleichzeitig ist eine Debatte wahrnehmbar über die Frage: Tritt jetzt hier ein Sparkommissar gegen die Kulturverwaltung an? – Der Haushalt ist beschlossen. Er wird jetzt auch in der laufenden Legislatur nicht nachverhandelt. Im Rahmen der Möglichkeiten des Haushalts sind wir, glaube ich, alle miteinander bestrebt, ich kann das jedenfalls für meinen Teil sagen: Die Themen, die begonnen wurden – ob das jetzt die ZLB angeht oder viele andere mehr –, im Rahmen der haushalterischen Möglichkeiten auch weiter zu begleiten. Wir werden sicherlich

Thema um Thema – und mein Eindruck war, jede Fragestellung für sich ist schon eine Besprechung im Ausschuss wert – feststellen, dass sich dieser vermeintliche Widerspruch nicht auftut, sondern dass hier zwei Verwaltungen gemeinsam bestrebt sind, auch kulturpolitisch im Sinne des Landes und im Sinne der Verfassung, auf die wir gemeinsam einen Eid geleistet haben, zu leisten.

Insofern freue ich mich auf die Zusammenarbeit. Noch einmal: Ihnen kann es vollkommen egal sein – das ist richtig –, aber ich habe genauso gut für meinen Teil deutlich gemacht, ich nehme das von Anfang an bis zum letzten Tag auch sehr ernst.

Vorsitzender Peer Mock-Stümer: Herr Abgeordneter Eschricht, bitte schön!

Robert Eschricht (AfD): Vielen Dank, Herr Ausschussvorsitzender! – Auch von meiner Seite herzlichen Glückwunsch, Herr Kultursenator! Herzlich willkommen!

Was uns interessiert – die elf Fragen der Grünenfraktion sind in der Tat interessant –: Sie haben von Restverantwortung gesprochen, Letztverantwortung, genau. Wir haben ja noch 20 Prozent der Legislatur vor uns. Es gab zwar keine neue Legislatur, aber die Große Koalition ist seit dem März 2023 nun im Amt, und da ist ja noch jede Menge zu tun, und die Frage steht natürlich im Raum, die Sorge von vielen Personen ist: Wird die Kultur zur Nebensache? Ich bin sicher, ein Kultursenator oder ein Finanzsenator, ein Senator grundsätzlich arbeitet 60, 70, 80 Stunden, und dann ist die Frage: Wie viel ist denn für die Kulturverwaltung in Ihrem Zeitplan vorgesehen? Glauben Sie, Sie kommen da auf eine Teilzeitstelle? Es gibt ja auch physische Grenzen des Leistbaren. Deswegen interessiert mich: Wie stellen Sie sich das in den nächsten sechs Monaten vor?

Vorsitzender Peer Mock-Stümer: Herr Senator!

Senator Stefan Evers (SenKultGZ): Vielen herzlichen Dank! – Ich hoffe, dass keiner meiner Vorgänger daran gemessen wurde, wie viel Zeit er für seine Aufgaben angewandt hat, sondern wie viele und welche Ergebnisse er erzielt hat. Das ist auch mein Anspruch, und daran lasse ich mich zu guter Letzt auch gern messen.

Vorsitzender Peer Mock-Stümer: Frau Abgeordnete Dr. Schmidt. – Bitte schön!

Dr. Manuela Schmidt (LINKE): Vielen Dank! – Vielen Dank, Herr Senator! Schön, dass Sie es doch noch geschafft haben!

Ich will noch mal zu Ihrer Aussage nachfragen, die Sie ja auch in der Abendschau gemacht haben, wo es noch mal um den Standort der ZLB, Galeria Kaufhof, ging, naturgemäß bleibt da wenig Zeit. Vielleicht können Sie da noch mal einen Satz hinzufügen, wie da der Stand der Verhandlungen ist und ob es immer auch noch Hoffnung gibt, dass tatsächlich mit diesem Standort eine Lösung im Interesse aller für die Zentral- und Landesbibliothek besteht.

Ich auch gern zum Thema Bibliotheksgesetz fragen, das im Entwurf ja nunmehr von allen mitgezeichnet werden soll, wann es dann diesen Ausschuss auch erreicht; viel Zeit bleibt nicht mehr.

Heute war auch ein Thema das Arbeitsraumprogramm. Auch dazu möchte ich gern nachfragen, Sie haben zu Recht gesagt: Der Haushalt ist in diesem Haus beschlossen, aber dennoch braucht es ja die Sicherung von Strukturen im Arbeitsraumprogramm, das nicht ohne entsprechende Konzepte, ohne entsprechende Lösungen möglich ist. Das Budget ist gedeckelt, das Budget ist kleiner als bisher, aber trotzdem gibt es das Ziel, den Bestand an Arbeitsräumen zu erhalten. Das ist schwierig, wenn man keine Konzepte, keine Ideen hat, wie man es tun will. Die Mieten steigen. Die Mietverträge sind vor 10 oder 15 Jahren abgeschlossen worden, die Mietkonditionen sind nicht dieselben. Wie soll das gelingen?

Das sind erst mal drei konkrete Dinge. Ansonsten freue ich mich auf die weitere Zusammenarbeit und die Antworten zu den vielen Baustellen, die wir im Kulturbereich haben.

Vorsitzender Peer Mock-Stümer: Herr Senator!

Senator Stefan Evers (SenKultGZ): Vielen herzlichen Dank! – In der Tat, da fallen mir auch noch eine Reihe weiterer Baustellen ein. Aber ich will auf die angesprochenen Punkte gern eingehen. Zum einen hatten Sie die ZLB angesprochen. Es gibt in der Tat laufende Gespräche mit der Commerz Real, aus denen ich hier aus nachvollziehbaren Gründen nicht berichten kann. Aber ich nehme sehr wohl ein gemeinsames Bestreben wahr, hier zu einem gemeinsamen Verständnis und einem Bild davon zu kommen, wie in Übereinstimmung mit den haushalterischen Möglichkeiten des Landes eine Standortsicherung möglich ist, die sowohl die Bedarfe einer ZLB als auch den Erhalt des Warenhausstandorts adressiert. Dass dies keine leichte Übung ist, mögen Sie, glaube ich, aus eigener Erkenntnis nachvollziehen. Wir haben daneben ja auch gleichzeitig die Frage zu beantworten: Wie geht es eigentlich mit den Bestandsstandorten weiter? Dadurch, dass ich eine ZLB an einem neuen denkbaren Standort unterbringe, verschwinden ja nicht zwei bisherige Standorte. Auch für die braucht es eine Konzeption, die die Frage beantwortet, wie das Land Berlin mit den daraus erwachsenden Verantwortlichkeiten in Zukunft umzugehen gedenkt. Hier sind über die Jahre, kann man inzwischen sagen, interessante Ansätze gewachsen. Dazu bin ich auch schon seit geraumer Zeit immer wieder im Austausch mit unterschiedlichen Beteiligten. Sie können sich vorstellen, dass auch die Finanzverwaltung bei bestimmten Fragestellungen immer mitadressiert und dass die Rahmenbedingungen des Haushalts hier keine leichten sind, ist auch den potenziellen Vertragspartnern sehr bewusst.

Nichtsdestotrotz ist es der Mühe wert, wie ich finde. Ich habe nicht nur auf meine langjährige Mitgliedschaft in diesem Ausschuss hingewiesen. Ich habe vor allem auch lange Jahre Stadtentwicklung im Land Berlin begleitet und bin mir sowohl des Stellenwerts der ZLB als auch der städtebaulichen Erfordernisse, den Alexanderplatz zu qualifizieren, sehr bewusst. Wenn es hier gelänge, eine gute, für die Zukunft tragfähige Lösung – übrigens gemeinsam mit dem Abgeordnetenhaus – zu finden – das ist ja nicht so, dass die Verwaltung, ob Kultur oder Finanzen, aus sich heraus in dieser Tragweite zu Entscheidungen befähigt werden –, dann wäre das eine gute Nachricht. Aber man muss sich auch die nötige Zeit nehmen, die es dafür braucht, und noch gibt es zu viele unbeantwortete Fragen. Es gibt ja verschiedene Szenarien, die im Raum stehen, die auch für sich betrachtet jeweils kalkuliert und dann am Ende auch in Deckung gebracht werden müssen, hinsichtlich damit einhergehender Verdrängungseffekte, was beispielsweise die Investitionsplanung oder die Finanzplanung des Landes Berlin angeht. Der Größe der Aufgabe sind wir uns miteinander, glaube ich, sehr bewusst.

Die Frage zum Arbeitsraumprogramm kann ich insofern beantworten, als dass es das Verständnis und Bestreben der Kulturverwaltung ist, den Bestand im Rahmen der gegebenen Möglichkeiten zu sichern und zu erhalten, und daran setzen wir alle vorhandene Kraft.

Vorsitzender Peer Mock-Stümer: Herr Abgeordnete Wesener, bitte schön!

Daniel Wesener (GRÜNE): Danke schön, Herr Vorsitzender! – Herr Senator, ich weiß nicht, wie es sich zwischenzeitlich im Hauptausschuss verhält, aber dieser Ausschuss lässt sich gemeinhin nicht mit Allgemeinplätzen abspeisen, sondern wir fragen hier schon nach den relevanten Details, und das übrigens auch im Rahmen des Berichts aus dem Senat.

Ihre Vorgängerin hat beispielsweise fortlaufend auch proaktiv über das Thema ZLB beziehungsweise Galeriaimmobilie berichtet und hat uns da schon – soweit das irgendwie bei solchen sensiblen Gesprächen geht – mitgenommen, transparent gemacht, wo das Land Berlin hier steht. Herr Senator, wir würden schon gern wissen: Wie steht es denn jetzt um Ihre Bewertung des neuen Angebots? Sie sind ja in dem anderen Nebenjob, den Sie haben, direkt involviert, nicht nur als Kultursenator, sondern via IBB beziehungsweise BIM, Ihre Abteilung I, wie gesagt, im anderen Haus. Ihnen liegen drei Angebotsvarianten vor. Vielleicht äußern Sie sich dazu. Ich will gar nicht vom Preis reden. Das müssen, das sollten vertrauliche Gespräche sein. Aber ich nenne mal ein Beispiel: Beide Ihrer Vorgänger haben aus guten fachpolitischen Gründen ausgeschlossen, dass es zu einer Anmietung einer privaten Immobilie kommt und haben immer gesagt: Es braucht hier den Kauf oder Mietkauf. – Das wollen wir natürlich auch von Ihnen wissen. Wie positionieren Sie sich? Sie kennen ja die Angebotsvarianten, da gibt es ja ein optionales Spektrum. Da würde uns, wie gesagt, von Ihnen und im Namen des Senats eine Bewertung interessieren.

Dann will ich ein zweites Thema, Herr Senator, ansprechen, weil ich glaube, Ihnen ist nicht bewusst, wie relevant das für die Kulturlandschaft in dieser Stadt ist, und das ist das Thema Kunstfreiheit. Sie wissen, dass es hier irritierende Signale gegeben hat und gibt – ganz vorsichtig formuliert – im Hinblick auf die sogenannte Kulturpolitik des Kulturstatsministers. Wir waren sehr froh, dass sich Ihre Vorgängerin auch im Namen des gesamten Senats hier positioniert und gesagt hat: Nein, Kulturförderung mit Verfassungsschutz gibt es mit uns nicht! Keine Anwendung des Haber-Verfahrens! – Sie waren die unrühmliche Ausnahme in Gestalt Ihres Tweets, wo Sie sich positiv auf das Verfahren, auf das Agieren des Kulturstatsministers bezogen haben, explizit auch im Kontext der Buchhandlungspreisaffäre. Es ist zwingend notwendig, Herr Senator, dass Sie im Hinblick auf die Künstlerinnen und Künstler dieser Stadt, auf die öffentlichen Kultureinrichtungen, aber auch auf die privaten Kulturbetriebe Stellung beziehen.

Drittes Thema, das ich noch erwähnen will: Arbeitsraumprogramm. Sie stehen als Senat im Wort, und das ist der Erhalt der bestehenden Standorte, und dieses Versprechen brechen Sie gerade. Wir haben gerade von Ihrer Staatssekretärin gehört, dass das Geld nicht reicht. Die Rechnung hätten wir gern mal. Wir haben auch gehört, dass es hier – vorsichtig gesagt – Probleme mit der GSE gibt, die nämlich hier eine Zuwendung zugesagt bekommen hat, allerdings mit dem Pferdefuß, dass hier ein Eigenbeitrag der GSE vorgesehen ist. In Ihrem Nebenjob sind Sie ja Treuhänder der GSE. Vielleicht erklären Sie mal Ihrer Staatssekretärin, warum das natürlich nicht funktionieren kann, warum die GSE schon aus rein rechtlichen Gründen, Frau Richter-Kotowski, dieses wirtschaftliche Risiko nicht tragen kann und dass Sie stattdessen zu Lösungen kommen müssen, und sei es, dass endlich die neuen Förderrichtlinien ganz offiziell verabschiedet werden. Aber noch mal: Es steht das Versprechen im Raum, alle bestehenden Atelierstandorte zu sichern. Und noch mal: Sie machen das Gegenteil. Stichwort Verpflichtungsermächtigung fiel übrigens auch, auch da haben Sie eine doppeltwichtige Rolle, weil wir ja wissen, dass man jenseits der Finanzierung, also der langfristigen Verpflichtungsermächtigung, die es hier braucht, auch die Frage der Freigabe, der Entsperrung eine schwierige ist, um es mal vorsichtig zu sagen. Unseres Erachtens müssten Sie eigentlich ein doppeltes Interesse haben, nicht nur als Kultur-, sondern als Finanzsenator, dass wir eben nicht zu jährlichen Mietvertragsverlängerungen kommen, die erstens jede Menge Unsicherheit mit sich bringen und zweitens natürlich teurer sind, sodass wir hier wirklich – wie bisher auch – in zeitlichen Parametern von fünf oder zehn Jahren diese Verträge abschließen können.

Da sind Sie momentan mit dem anderen Hut vor – Stichwort gesperrte Verpflichtungsermächtigung. Auch da, Herr Senator, erwarten wir Klarheit und werden das Thema – da folgen wir gern Ihrer Aufforderung – mit Sicherheit aufrufen. Wir plädieren für die nächste Sitzung, es ist wirklich dringend notwendig, dass hier Klarheit entsteht. Wir reden – falls Sie es noch nicht wissen – über 25 Standorte, die in diesem oder im nächsten Jahr über die Wupper gehen, und zwar nicht wegen des Geldes, sondern schlicht und ergreifend wegen schlechter Governance von Ihrer Seite, vonseiten des Senats aus. Das gilt es zu verhindern.

Dann will ich den letzten Punkt aufrufen, die anderen Fragen kennen Sie ja. Schade, dass Sie dazu nichts sagen wollen, aber eine Frage ist mir schon wichtig: Ich bitte Sie, etwas zu Ihrer Perspektive aber auch Rolle zum Thema CDU-Fördergeldaffäre zu sagen, das sind insbesondere die Fragen 1.1 bis 1.3. Ich finde es wichtig, dass wir hier Klarheit schaffen. Sie übernehmen hier auch unmittelbar Verantwortung, nicht nur als Senat insgesamt, nicht nur als Finanzsenator, was die rechtswidrige Vergabe von Fördermitteln angeht, sondern es geht letzten Endes auch hier um Ihre Rolle. Da haben wir sehr konkrete Fragen gestellt, und da erbiten wir eine Antwort. Anderenfalls müssen wir sie vielleicht im Untersuchungsausschuss dann noch mal stellen.

Vorsitzender Peer Mock-Stümer: Bevor ich dann dem Herrn Senator das Wort erteile, möchte ich bloß noch mal daran erinnern: Wir haben hier den Bericht des Senats, wir haben hier kein Tribunal und – –

Senator Stefan Evers (SenKultGZ): Alles gut!

Vorsitzender Peer Mock-Stümer: Ich wollte es nur mal sagen, sonst grätsche ich hier mal rein. – Herr Senator, dann haben Sie jetzt das Wort!

Senator Stefan Evers (SenKultGZ): Alles gut, wäre ja sonst langweilig. – Zum Thema ZLB muss ich dann vielleicht meine Anmerkung vom Beginn insofern einschränken, als dass ich womöglich dann doch Unterschiede zu meiner Vorgängerin aufweise: Ich führe Verhandlungen nicht öffentlich, sondern berichte auch hier über Ergebnisse, wenn es sie zu verkünden gibt. Ich hielt es im Übrigen auch nicht für zielführend, da es in der Regel das Vertrauen von Verhandlungspartnern eher erschüttert, über Zwischenstände aus der Zeitung zu erfahren. Insofern sehen Sie es mir nach. Wir sind hier in der Willensbildung, wir sind hier in der Verhandlungsführung, und das Ziel ist klar, hier sowohl städtebauliche wie wirtschaftspolitische wie kulturpolitische Zielsetzungen in Einklang mit den haushalterischen Möglichkeiten des Landes Berlin zu bringen.

Zur Frage des Arbeitsraumprogramms: Inhaltlich habe ich jetzt nichts hinzuzufügen, außer dem Punkt, dass ich meiner Staatssekretärin nichts zu erklären habe, ganz im Gegenteil, ich bin froh, sie zu haben und auf ihre Expertise bauen zu können, und da sie bereits vom ersten Gespräch an mir auch ihr sehr aufrichtiges, intensives und uneingeschränktes Bemühen um die Bestandssicherung der vorhandenen Standorte deutlich gemacht hat, habe ich auch keinen Zweifel daran, dass sie und unsere gesamte Verwaltung daran arbeiten, hier auch zu Ergebnissen zu kommen. Sie hatten von Schwierigkeiten mit der GSE gesprochen, die kennen wir in unterschiedlichen Verantwortlichkeiten innerhalb des Senats, auch in unterschiedlichen Belangen. Nichtsdestotrotz, glaube ich, führt auch hier das Gespräch miteinander zu Lösungsmöglichkeiten, und wir sind hier in sehr intensivem Gespräch mit der GSE, auch darüber,

vorhandene Dissense so aufzulösen, dass die Bestandssicherung im Sinne des geäußerten Ziels und gemeinsamen Interesses gelingt.

Sie hatten das Thema der Fördermittelvergabe in zweierlei Hinsicht angesprochen. Das eine war die Fragestellung, wie in der Kulturverwaltung die Handhabung von Fördermitteln aus dem Bereich Kampf gegen Antisemitismus geschehen ist. Hier liegt mir der Bericht des Rechnungshofs vor, und selbstverständlich werde ich alles daran setzen, dass hier Empfehlungen auch umgesetzt werden und dass insbesondere die rechtssichere Vergabe von Fördermitteln gewährleistet ist. Das liegt nun in jederlei Hinsicht im Interesse, egal welchen Hut ich aufhabe, die Vorgaben der Landeshaushaltsordnung auch zu wahren.

Ich erinnere mich, dass Sie einen Termin aufgeworfen hatten, den die Kultursenatorin mit mir hatte. Ich gestehe, da fehlt mir die persönliche Erinnerung. Ich hatte auch noch mal gebeten, im Kalender nachzuforschen, ob da eine inhaltliche Vorbereitung stattgefunden hätte. Das ist nicht der Fall, falls die Frage darauf abzielte, ob mir irgendwelche Projektlisten vorgelegt wurden und anschließend anhand von Einzelbeispielen darüber zu debattieren wäre, wie man eine rechtssichere Vergabe organisiert. Daran würde ich mich erinnern, denn es überstiege in dem Fall meine Kompetenzen sehr deutlich als Nichtzuwendungsverwaltung. Es wird immer unterstellt, die Finanzverwaltung hätte hier gesteigerte Kompetenzen. Das haben wir ausdrücklich nicht. Das sehe ich dann bei Zuwendungsverwaltungen in deutlich besseren Händen. Nichtsdestotrotz als Wächter der Landeshaushaltsordnung habe ich immer ein Interesse deutlich gemacht: Wann immer ich von wem auch immer gefragt wurde und in welchem Fördermittelzusammenhang auch immer, die Landeshaushaltsordnung gilt es zu achten.

Die Fragestellung, nach welchen Methoden der Bund verfährt, um die Vergabe von Fördermitteln an Institutionen zu vermeiden, zu denen relevante verfassungsrechtliche Erkenntnisse vorliegen, habe ich insofern kommentiert, als dass ich es gut finde, dass sich der Bund ein Verfahren gegeben hat, unabhängig von der Frage, ob dieses Verfahren verbesserungswürdig ist, das ganz offensichtlich schon über Jahre und insbesondere auch über Jahre grüner Regierungsbeteiligung von der Bundesregierung praktiziert wurde, und insbesondere dieser Punkt war mir ein Qualitätsmerkmal, das mir volles Vertrauen gegeben hat, dass die Bundesregierung hier auch gute Gründe hatte. Dass nunmehr eine Debatte darüber geführt wird, ob man das auch besser ausgestalten kann, ist immer jeder Mühe wert.

Vorsitzender Peer Mock-Stümer: Vielen Dank! – Frau Abgeordnete Billig, bitte schön!

Daniela Billig (GRÜNE): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Wir betrachten das auch in keinsten Weise als Tribunal. Wenn wir das täten, dann wären die Stimmung und auch unsere Fragen sicherlich noch ein bisschen anders. Aber wir haben hier ein, wie ich finde, sehr berechtigtes Informationsbedürfnis und haben uns deshalb bewusst auch schon letzte Woche damit auseinandergesetzt und Ihnen deswegen vorher die drängendsten Fragen zukommen lassen und uns genau auf die konzentriert, die etwas mit Ihrer Tätigkeit als Finanzsenator zu tun haben, in der Hoffnung, dass Sie damit nicht ganz neu in dem jeweiligen Gebiet sind und uns da schon Antworten geben können.

Jetzt sind Sie da gerade so ein bisschen schnell drüber hinweggegangen und nicht mehr auf die einzelnen Fragen eingegangen, und ich bekomme so mit, wenn hier noch mal einzeln

nachgefragt wird – einige Fragen, die von anderen gestellt wurden, waren ja auch auf unserer Liste –, dann bekommen wir zumindest eine kurze knappe Antwort.

Deswegen würde ich dann gern ein paar Punkte noch mal aufrufen, und zwar zuallererst das Bibliotheksgesetz, das uns schon seit Längerem versprochen wird. Ich erinnere mich an ein erstes Versprechen Ende 2023, dann war es Ende 2024, dann war es zuletzt April 2026, auch der ist jetzt schon vorbeigegangen. Vielleicht können Sie uns da als Kultur- und als Finanzsenator sagen, wie da der aktuelle Stand ist. Bisher ist es dann immer so gewesen, dass uns die Kultursenatorin sagte, dass sie jetzt gerade auch gar nichts wisse und nichts tun könne, weil der Herr Finanzsenator im Moment gerade am Zug sei. Vielleicht bekommen wir da heute eine bessere Antwort, weil wir jetzt hier den Kultur- und den Finanzsenator sitzen haben; und auch wenn es im Moment nur in der Funktion des Kultursenators ist, kann der Kultursenator ja den Finanzsenator mal kurz befragen, und wir können vielleicht sogar noch ein bisschen mehr Informationen darüber bekommen, also nicht nur, wann wir damit rechnen können, sondern überhaupt noch ob, und wenn es da irgendwie Probleme gibt, woran es denn liegt, wo es hapert, was das Problem ist, dass wir das jetzt zweieinhalb, anderthalb – je nachdem, welchen Termin man nimmt – vier Wochen später bekommen. Wir warten einfach händeringend darauf.

Das Zweite sind die Musikschulen. Auch das ist eine Frage, die wir schon öfter gestellt haben, wo auch immer auf den Finanzsenat oder auf die Finanzverwaltung hingewiesen wurde. Da geht es uns darum: Wie kann denn jetzt eine Festanstellung erst mal nur mit den leider nicht ausreichenden 4 Millionen Euro gewährleistet werden? Aber mindestens die sollten schnellstmöglich in Festanstellung umgesetzt werden. Wie soll das genau funktionieren? Wie sollen die Erfahrungsstufen festgelegt werden? Wie kann da eingestuft werden und so weiter? Das sind natürlich alles Fragen, die die Betroffenen ganz direkt und immens interessieren, denn im Zweifelsfalle ist das für die Musikschullehrerinnen und -lehrer auch überlebenswichtig. Da besteht immer noch eine große Unsicherheit, und wir haben schon Mai.

Was mich persönlich noch sehr interessiert, ist die Komische Oper. Die Absenkung und Streckung der Bauraten führt zu einer Verteuerung. Das heißt, so sehr wir jetzt in diesem und nächstem Jahr nicht genügend Geld haben, wie anscheinend der Finanzsenator gesagt hat, umso mehr zahlen wir hinterher drauf. Ich frage mich natürlich, ob das klug ist und ob es nicht besser ist, auch im Sinne der Finanzen von Berlin, angefangene Bauprojekte so schnell durchzuziehen, wie es irgend geht, damit es billiger wird. Wenn wir Geld sparen müssen, ist es nicht sinnvoll, Geld aus dem Fenster zu werfen, indem wir den Baufortschritt verzögern.

Das sind jetzt nur die drei für mich drängendsten Fragen, die jetzt noch von unserer Liste übrig sind. Wenn Sie die Liste vorliegen haben und für die anderen auch noch die eine oder andere Information für uns hätten, wäre ich sehr dankbar. – Danke schön!

Vorsitzender Peer Mock-Stümer: Bevor ich dem Herrn Senator das Wort erteile, Frau Abgeordnete Billig, ich wollte natürlich nicht unterbinden, dass Sie Fragen stellen, nur der Kanon der Fragen übersteigt ja doch sehr das Maß der Fragen, die normalerweise im Rahmen der Fragerunde beim Bericht des Senats gestellt werden. Daran wollte ich nur höflich erinnern. Und jetzt freuen wir uns auf das Selbstgespräch, das der Kultursenator mit dem Finanzsenator führt. – Bitte schön!

Senator Stefan Evers (SenKultGZ): Ich freue mich auch über die Neugier! – Zum Bibliotheksgesetz laufen die Abstimmungen, und Sie können sich vorstellen, da geht es nicht immer nur um die Welt der Senatsverwaltungen, sondern wenn es darum geht, wie anschließend auch ein Gesetzgebungsverfahren so gestaltet werden kann, dass es innerhalb der Legislatur auch zu einem Abschluss kommt, gilt es auch hier natürlich zu sondieren, und insofern werden Sie von mir dann etwas hören, wenn auch diese Willensbildung abgeschlossen ist und Ergebnisse zu verkünden sind. Noch einmal: Das ist der Punkt, an dem ich gern gemessen werden möchte und weniger an Zwischenständen.

Die Frage der Musikschulen hatten Sie angesprochen. Hier weiß ich das schon aus Vorbefassungen aus anderen Funktionen heraus, dass die Staatssekretärin das Thema sehr intensiv begleitet und verfolgt, und dass die Finanzverwaltung hier im Wege stünde, wäre mir jedenfalls neu. Tatsächlich gilt es natürlich, Abstimmungen mit den bezirklichen Beteiligten herbeizuführen, und die Fragestellung, die Sie hinsichtlich der Einwertung von Stellen aufgeworfen haben, sind natürlich solche, bei denen die gute Beratung der Finanzverwaltung immer gern in Anspruch genommen werden kann, aber bei denen sicherlich keine Hinderung zu erfahren ist. Ich habe es gesagt: Finanzverwaltung im besten Sinne versteht sich immer als Lotse und niemals als Verhinderer.

Dann hatten Sie die Frage Komische Oper aufgeworfen. Auch hier wäre mir neu, dass wir aktuell Verzögerungen zu beklagen hätten. Wir sind im geordneten Verfahren. Das, was ich jetzt berichtsweise höre, deutet nicht darauf hin, dass hier etwas schuldhaft oder aus Gründen unzureichender Haushaltsmittel auf lange Bänke geschoben würd, ganz im Gegenteil, Termine laufen so, wie sie beabsichtigt waren, Gesprächsstände, Planungsstände sind so, wie sie zu erwarten waren. Ansonsten stünde mir aber auch nicht zu, jetzt über die Möglichkeiten, die der Haushaltsgesetzgeber geschaffen hat, hinaus zu träumen, sondern wir machen aus den vorhandenen Möglichkeiten das Beste, übrigens ganz ausdrücklich ja auch mit enormen Engagement der Beteiligten der Komischen Oper selbst. Auch hier sind ja Eigenmittel akquiriert worden, die uns an der Stelle unterstützen und dem Bau auch zugutekommen und sicherlich nicht dazu beitragen, das Verfahren zu bremsen, ganz im Gegenteil. Also auch hier gibt es ein gemeinsames Wirken darauf, die Zielstellungen, die einerseits die Komische Oper hinsichtlich der Errichtung oder der Sanierung hat, zu erreichen und andererseits natürlich diejenigen, die die Kulturverwaltung selbst hat, beide sind höchstambitioniert am Werk, und auch hier sehe ich jetzt keine Finanzverwaltung in bremsender Rolle, sondern auch wir haben ein Interesse daran, dass Mittel, die bereitgestellt sind, für den Zweck genutzt werden, für die sie vom Parlament bereitgestellt wurden. – War noch ein Punkt? – Das waren dann drei.

Vorsitzender Peer Mock-Stümer: Frau Kühnemann-Grunow, bitte schön! – Ja, so schnell geht es.

Melanie Kühnemann-Grunow (SPD): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Zunächst einmal herzlich willkommen wieder hier im Ausschuss, und ich freue mich auf die Zusammenarbeit! – Es gibt ja jetzt hier viele Details. Mich interessiert – und vielleicht ist es da ja ganz förderlich, wenn der Kultursenator auch gleichzeitig Finanzsenator ist – eine Einschätzung beziehungsweise vielleicht auch einen Ausblick, was den Hauptstadtfinanzierungsvertrag angeht. Ich weiß, dass Ihre Vorgängerin damit angefangen hat. Da geht es viel um Sicherheitsfragen und so weiter, aber es geht natürlich auch um den Hauptstadtkulturfonds, der für uns von Inte-

resse ist. Da würde mich der Status quo beziehungsweise der aktuelle Stand interessieren. – Danke!

Vorsitzender Peer Mock-Stümer: Vielen Dank, Frau Kollegin! – Herr Senator, bitte schön!

Senator Stefan Evers (SenKultGZ): Vielen Dank! – Das Sein bestimmt bekanntlich das Bewusstsein und das Auftreten des Bundes erinnert mich an die harten Verhandlungen, die auch innerhalb Berlins in Zeiten der Haushaltskonsolidierung zu führen waren. Insofern habe ich auf der einen Seite natürlich ein Verständnis für den Ausgangspunkt des Bundes und umgekehrt aber keinerlei Verständnis dafür, wenn ich erkenne, dass den hauptstadtbezogenen Belangen der Repräsentation, beispielsweise in Fragen der Kultur, nicht Rechnung getragen wird. Das sind – so viel kann ich sagen – keine leichten Gespräche, ganz im Gegenteil, es sind sehr hart geführte Gespräche. Der Bund steht spürbar unter hohem Konsolidierungsdruck. Das scheint auch der Ausgangspunkt für die an den Verhandlungen beteiligten Fachverwaltungen zu sein, und umgekehrt gilt aber, dass wir für Berlin sehr selbstbewusst die Haltung vertreten, dass hauptstadtbedingte Sonderlasten auch zu kompensieren sind und dass es hier auch keine Abstriche geben kann. Hier wird man am Ende trotzdem zueinander finden müssen. Das schafft Planungssicherheit für beide Beteiligten. Aber vielmehr als diesen Zwischenstand kann ich Ihnen zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht geben, weil ich auch wahrnehme, dass auf Bundesseite manche Fragen noch zu sortieren sind, bei denen Berlin sehr klar auftritt.

Vorsitzender Peer Mock-Stümer: Herr Abgeordneter Dr. Juhnke, bitte schön, Sie haben das Wort.

Dr. Robbin Juhnke (CDU): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Ich darf Sie natürlich auch im Namen der CDU-Fraktion sehr herzlich hier im Ausschuss begrüßen, freue mich auf die Zusammenarbeit und sehe dieser mit großem Interesse entgegen, weil ich natürlich auch bisher die Zusammenarbeit mit der Finanzverwaltung auf dem Gebiet der Kultur als außerordentlich wichtig und fruchtbar empfunden habe. Wenn ich daran erinnern darf, was wir alles erreicht haben, auch im Haushalt, und das war ja auch fußend auf dem Entwurf des Senats, der ja, wie wir wissen, mit einer Stimme ergangen ist. Von daher sind da viele spannende Sachen drin. Wenn ich an den Transformationsfonds denke, wo wir in der Koalition sagen: Wir wollen die Gelder so verteilen, dass es zu keinen Schließungen kommt, dass die notwendigen Sparbeiträge so aufgeteilt werden, dass sie leistbar sind, je nach der Möglichkeit, die auch in dem jeweiligen Haus oder Institution vorhanden ist und trotzdem kulturpolitische Schwerpunkte möglich waren. Auch wenn ich an das Thema der Finanzierung der Musikschulkräfte und andere Dinge denke, ist da doch einiges gemeinsam auf den Weg gebracht worden. Deswegen sehe ich auch die Frage, in welchen Zeitanteilen Sie sich welcher Aufgabe widmen können, nicht als relevant an, sondern die Frage ist in der Tat: Wie können wir das gemeinsam konstruktiv machen? Das ist für mich auch kein Gegensatz, sondern das ist etwas, das ich mit großer Hoffnung verbinde. An der Professionalität und der Erfahrung Ihrer Person besteht hier keinerlei Zweifel.

Noch mal kurz ein Wort zu der Leidensspur, die der Kollege Wesener versucht hat zu legen: Der Bericht aus dem Senat ist keine generelle Einladung, alles loswerden zu können, was man schon immer mal fragen wollte oder was man auf Wegen der in der Geschäftsordnung zumindest unbekannten Fragenkatalogen suggeriert, sondern es ist schon so, dass der Senat dann in

gewisser Weise verschiedene Dinge äußert, und dazu kann man dann auch nachfragen. Nun ist das heute sicherlich ein besonderer Termin, das will ich auch anheimstellen. Bevor jetzt aber hier der Eindruck entstanden ist, dieser Punkt, der normalerweise an Punkt 2 unserer Tagesordnung kommt, sei jetzt die Aufforderung zum allgemeinen Diskurs zu sämtlichen Themen, die nur irgendwie denkbar sind und mit beliebiger Dauer. Ich glaube, das ist jetzt nicht der Sinn, denn dann würde dieser Tagesordnungspunkt auch rein praktisch komplett die Tagesordnung zerlegen, und aus diesem Grunde ist das schon so. Das nur mal zur Klarstellung zu diesem Punkt.

Vorsitzender Peer Mock-Stümer: Herr Senator! – [Zuruf] – Dem ist nichts hinzuzufügen, vielen Dank! – Herr Abgeordneter Wesener!

Daniel Wesener (GRÜNE): Um noch auf Herrn Juhnke einzugehen: Herr Senator, damit Sie durch dessen Wortmeldung keinen falschen Eindruck bekommen, also normalerweise gehen wir davon aus, dass eine Regierung ihre Politik gern vertritt und auch gern darüber redet und auch in der Lage ist, Fragen zu beantworten. Insofern sehen Sie uns das nach. Wir haben in der Vergangenheit auch die Erfahrung gemacht – und die hatten wir ja ein paar Mal in diesem Ausschuss –, dass neue Senatorinnen und Senatoren ein Programm vorstellen – jetzt ist nicht mehr wahnsinnig viel Zeit –, aber Sie haben ja dankenswerterweise zumindest ganz abstrakt gesagt, mit welcher Grundhaltung Sie da reingehen, auch da – Herr Juhnke wird sich erinnern – waren die Vorgänger doch etwas detaillierter unterwegs und haben etwas zu den großen kulturpolitischen Fragen gesagt, und – sehen Sie uns das nach – die treiben uns als Fachausschuss natürlich um, und da hoffen wir, dass wir im Sinne der Berliner Kulturlandschaft in den nächsten Monaten wirklich etwas hinbekommen. Ich will jetzt nur auf die Themen eingehen, die Sie Ihrerseits erwähnt haben. Denn das sind auch die Spielregeln, wenn Sie schon Themen ansprechen oder antworten auf Themen, die angesprochen worden sind, dann kann man da nachhaken.

Zur Komischen Oper: Die Kulturverwaltung und die SenFin, die das mitgezeichnet hat, haben sich ja im Rahmen der Berichtsaufträge zum Doppelhaushalt hinreichend vorsichtig ausgedrückt und diplomatisch mitgeteilt, dass ihnen Hinweise auf Mehrkosten, höhere Baukosten und eine zeitliche Verzögerung zum Rahmenterminplan bisher nicht vorliegen.

Das war sozusagen die Bottomline, denn selbstredend, Herr Senator, und das weiß auch jeder, wird es teurer werden, ist es schon jetzt teurer geworden. Wenn Sie das Gegenteil behaupten, dann ist das spannend. – Herr Vorsitzender, ich beantrage übrigens ein Wortprotokoll für diesen Tagesordnungspunkt, damit wir das alles noch mal nachlesen können.

Vielleicht sagen Sie noch mal etwas zu dieser Prognose, dass der Kostenrahmen trotz der gestreckten Bauraten und der jetzt schon länger projektierten Sanierungszeit wirklich hält. Ich will Sie in dem Zusammenhang auch darauf hinweisen, dass diese Bauraten bisher nicht in toto gegenfinanziert sind, sondern da gibt es immer noch die Frage, inwieweit der Verkauf des Grundstücks Unter den Linden die Deckungslücke schließen kann, und auch da sind Sie zukünftig in Doppelfunktion als der fachlich zuständige Kultursenator, aber auch als der Finanzsenator unterwegs, der – so sind ja die Regularien im Senat – hier via BIM dieses Vermögensgeschäft zumindest begleitet, womöglich sogar maßgeblich vorantreibt oder eben nicht. Vielleicht können Sie uns da etwas zum Stand der Dinge sagen. Uns interessiert natürlich auch: Wenn Verkauf, bleibt es trotzdem bei einer öffentlichen Nutzung? Es gibt ja andere Bedarfe. Ich rede jetzt gar nicht nur von Kulturbedarfen, sondern da gibt es ja auch öffentliche Verwaltungsunterbringung und so weiter und so fort. All das wäre spannend.

Dann haben Sie, Herr Senator, zweitens die Frage aufgeworfen: Was hat die SenFin mit den Musikschulen zu tun? – Ja, ganz einfach, wir reden hier von einer kommunalen Trägerschaft der Bezirke, und die Finanzierung der Bezirke erfolgt nicht aus dem Haushaltsplan 08, sondern aus dem Haushaltsplan 27. Der liegt in Ihrer Verantwortung als Finanzsenator. Da haben Sie in der Vergangenheit als Finanzsenator eben nicht die finanzielle Vorsorge getroffen, was eine Ausweitung der Festanstellungen angeht. Ich rede gar nicht von der Umsetzung Herrenberg, sondern es war jetzt zuletzt das Parlament, es waren die Koalitionsfraktionen, die in bescheidenem Umfang nachgeholfen haben. Aber das ist natürlich jetzt auch Ihre doppelte Aufgabe, hier noch mal eine andere, eine bessere Planungssicherheit herzustellen. Denn ich glaube, eins ist auch klar: Ganz egal, was bei diesen Gesprächen im Bund und bei der – – Ich will gar nicht von der SGB-Novelle reden, es wird ja, was bestimmte Merkmale und Anwendungsbereiche angeht, vermutlich noch mal eine Nachjustierung geben. Aber selbstredend wird Herrenberg in der Substanz bleiben beziehungsweise die Definition von abhängiger und selbstständiger Arbeit. Also hier wäre es gut, wenn Berlin das nicht weiter verschläft und hier nicht weiter die Musikschullehrerinnen und -lehrer beziehungsweise die Musikschulen und die Bezirke auf die lange Bank schiebt, sondern einen langfristigen Plan entwickelt, wie man hier zu dem kommt, was ja ohnehin in Ihrem Koalitionsvertrag und in den Richtlinien der Regierungspolitik versprochen ist und Sie bisher nicht eingelöst haben.

Zum Thema Bibliotheksgesetz: Herr Senator, Sie überraschen uns, weil bisher die klare Aussage ist, es fehlt im Senat eine einzige Mitzeichnung, und das ist die Mitzeichnung der Finanzverwaltung, ansonsten ist es fertig. Mich interessiert, ob es zutrifft, dass der konkrete Konflikt in der Existenz oder Streichung des Wortes „Pflicht“ liegt, und dass bisher die Finanzverwaltung verlangt, dass bevor dieser Gesetzentwurf in den Senat gehen kann, das Wort „Pflicht“ gestrichen wird. Wenn das so ist, dann interessiert mich, ob Sie jetzt als Kultursenator darauf hinwirken, dass die Finanzverwaltung selbstredend diese Forderung fallenlässt und das Wort „Pflicht“ weiterhin im Gesetz vorkommt, denn der allgemeine Haushaltsvorbehalt ist ja sowieso klar. Ich verstehe noch nicht mal den inhaltlichen Konflikt, weil selbstredend richtet sich so ein Fachgesetz immer nach der Haushaltslage, gibt es so oder so den Haushaltsvorbehalt, auch des Haushaltsgesetzgebers. Warum Sie sich dem Vernehmen nach – Sie

können das ja gleich verifizieren oder falsifizieren – dermaßen an dem Wort „Pflicht“ verkämpfen, ist mir völlig unklar.

Zuletzt: Ich freue mich wirklich – und das meine ich ganz ehrlich –, dass es zumindest einen im Senat gibt, der sagt: Ich will diese Fördergeldaffäre aufklären – so habe ich Sie verstanden –, ich ducke mich da nicht weg, und ich brauche auch nicht mehrere Tage, bis ich den Rechnungshofbericht gelesen habe, sondern ich versuche da mal vor die Welle zu kommen. – Deswegen die Frage: Wann präsentieren Sie uns hier das Ergebnis der Verwendungsnachweisprüfung? Die 15 Projekte von der Stettner-Goigny-Liste hat für die Einreichung der Verwendungsnachweise eine Deadline bis zum 30. April, und da will ich, ehrlich gesagt, auch keine Ausrede hören, von wegen Kapazitätsengpässe und zu wenig Personal. Das muss doch völlig klar sein, Frau Großkurth, dass das Ihre primäre Aufgabe angesichts dieses Skandals ist. – [Zuruf Grit Großkurth] – Ja, Sie haben aber auch einen ZS-Bereich, Frau Großkurth, und Sie haben eine Finanzverwaltung, die hier auch Kompetenzen hat. Wie wäre es denn eigentlich – da gibt es ja die Möglichkeit –, auch zwischen Verwaltungen zu kooperieren? Es ist doch nicht so, dass Sie als Zuwendungsverwaltung SenKultGZ keine Möglichkeit haben, Verwendungsnachweise zu prüfen. Ich muss Ihnen ehrlich sagen: Wenn das hier nicht demnächst auf den Tisch kommt, dann ist das für mich leider das Gegenteil von dem, was Sie versprochen haben. Denn dann reden wir von Verschleppung. Denn die Frage ist doch: Was kommt da raus? Was für Rückzahlungen, Frau Staatssekretärin, gibt es? Wir haben ja den Rechnungshofbericht gelesen. Gibt es überhaupt diese Rückzahlungsforderung? Wer haftet? Wie sieht es mit dem Schadensfall für das Land Berlin aus? Inwieweit ergibt sich daraus eine Haushaltsuntreue, und zwar im strafrechtlichen Sinne? – Das diskutieren wir ja auch gar nicht mit Ihnen, uns interessiert nur die Frage: Wie schnell sind Sie, was das Ergebnis dieser Verwendungsnachweise angeht? Ich hoffe mal, dass wir spätestens Ende Mai die Ergebnisse vorliegen haben. Sie lachen, das ist kein Ding der Unmöglichkeit, im Gegenteil, Verwendungsnachweise für 13 Projekte, wir kennen ja zwischenzeitlich die Prüfvermerke, wir kennen die Zuwendungsbescheide. Da gibt es ja gar keine inhaltlichen Auflagen. Wenn Aufklärung, Herr Evers, dann bitte richtig und hier nicht nur als vermeintliche Haltung und Geste! – Danke schön!

Vorsitzender Peer Mock-Stümer: Mir wurde vom Abgeordneten Haustein signalisiert, er will etwas ergänzend zum Thema Musikschulen fragen. – Herr Haustein, Sie haben das Wort. – Bitte schön!

Dennis Haustein (CDU): Ganz lieben Dank auch für diesen Ausreißer! – Auch von mir noch mal ein herzliches Willkommen bei uns in der illustren Runde! Sie merken, das ist hier, lieber Stefan Evers, ein anderes Miteinander als im Hauptausschuss, wo es meistens um die Sache geht, hier geht es manchmal nur um Personen. Die eigene Person ist immer sehr abhängig von einigen wenigen Köpfen hier im Ausschuss.

Ich habe mich noch mal zum Themenbereich Musikschule gemeldet. Mich freut sehr, dass die Grünen jetzt hier so ein Interesse haben, so viele Fragen eingereicht haben. Es wird ja intendiert, dass durch den Wechsel des Finanzsenators bei den Festanstellungen irgendetwas nicht so funktionieren könnte, wie es gedacht ist. Ich glaube, was am meisten bei den Festanstellungen gerade für Unruhe sorgt, ist der Sachverhalt, dass elf Bezirke bei der Stellenbesetzung gut zusammenarbeiten. Elf Bezirke haben sich auf den Weg gemacht, nachdem die Staatssekretärin Richter-Kotowski quasi sofort nach Haushaltsbeschluss alle zusammengeholt hat, um hier die Mindestmaße festzulegen, damit dann die Bezirke sehr freimütig auch nach oben Er-

fahrungsstufen und so weiter anrechnen können, wenn sie denn wollten. Elf Bezirke arbeiten zusammen, aber der zwölfte Bezirk nicht, und das ist merkwürdigerweise Friedrichshain-Kreuzberg, Herr Wesener. Da wollte ich Sie fragen: Die zuständige Stadträtin ist ja auch die grüne Bezirksbürgermeisterin. Ich habe es schon mal bei der Plenarsitzung angesprochen. Ich habe es, Frau Billig, schon mal bei der letzten Podiumsdiskussion angesprochen, und es treibt mich schon um, dass wir hier eine hochverdiente Musikschulleitung haben, die seit über 32 Jahren in ihrem Berufsfeld gearbeitet hat, für ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter da war, diese durch diese schwierige Zeit geführt und unterstützt hat, und dass im besten Fall hier die grüne Bezirksbürgermeisterin kein Interesse hat, der Dame zu helfen oder sogar dahintersteckt. Denn diese Musikschulleitung wurde nach 32 Jahren jetzt kaltgestellt, zwangsversetzt und von ihren Aufgaben entbunden. Das treibt mich um. Das treibt auch die Musikschulkräfte in Friedrichshain-Kreuzberg um. Das gefährdet auch unsere gemeinsamen Bestrebungen. Ich nehme Sie, Herr Wesener, jetzt mal dazu, dass wir möglichst schnell unsere circa 200 Stellen, die wir miteinander beschlossen haben, auf das Parkett bringen.

Ich will jetzt gar nicht den Senat fragen, ob Sie zu dieser personellen Einzelmaßnahme eine Auskunft haben. Aber ich kann es ja mal ganz unkonventionell machen, wo manchmal auch die Regierungskoalition gefragt wird, ob die Oppositionsfraktion der Grünen dazu eine Information hat und sich jetzt endlich mal eingesetzt hat, dass dieser Umstand, dieser Missstand beseitigt wurde und damit die Festanstellungen jetzt auch in Friedrichshain-Kreuzberg weitergehen könnten.

Vorsitzender Peer Mock-Stümer: Wir haben ja sowieso die ganze Zeit jetzt einen sehr bunten Fragenkanon. – Herr Senator, bitte schön!

Senator Stefan Evers (SenKultGZ): Vielen herzlichen Dank! – Zur Frage des Umgangs in Ausschüssen schicke ich einmal mehr voraus, dass ich ja durchaus Erfahrung aus früheren Zeiten mit diesem Ausschuss habe, und ich darf feststellen, dass ich das in sehr guter Erinnerung habe, denn auch hier – ähnlich wie im Sportausschuss – waren es selten parteipolitische Differenzen, die Fraktionen voneinander trennten, sondern in der Regel ein gemeinsames überparteiliches Wirken im Sinne der Kultur. Ich kann mir gar nicht vorstellen, dass sich das geändert haben könnte. Insofern bin ich da voller Zuversicht. Dass eine gewisse Schärfe gelegentlich in den Ton kommt, ist vollkommen in Ordnung, so lange es mir oder den Staatssekretären gegenüber geschieht und nicht gegenüber Mitarbeiterinnen oder Mitarbeitern der Verwaltung. Dann ist das auch auszuhalten und vollkommen okay.

Zu den aufgeworfenen Fragestellungen: Die eine war die zum Verfahrensstand Komische Oper. Ich habe deutlich gemacht, dass wir im Plan sind und dass ich keine Indizien dafür habe, dass es aktuell verzögernde Momente gibt, die wiederum dann Verteuerungen zur Folge hätten, wie Sie das beschrieben haben. Ob die gesamte Jahresscheibenplanung eine ist, die im Ergebnis auskömmlich ist, dazu mag man unterschiedliche Bewertungen haben, das werden wir dann im Ergebnis sehen. Wenn Sie jetzt auf den allgemeinen Erfahrungshorizont verweisen, dass Baumaßnahmen in aller Regel teurer werden als ursprünglich geplant, dann kann ich dem aus Gründen nicht widersprechen. Aber ich argumentiere hier doch lieber auf der Grundlage von belastbaren Erkenntnissen die jeweilige Maßnahme betreffend.

Was die Frage zum aktuellen Verfahrensstand der Vorbereitung einer Veräußerung betreffend, kann vielleicht Herr Kollege Steinhilber – Sie entschuldigen, dass ich noch nicht alle

Namen der Kolleginnen und Kollegen verinnerlicht habe – den aktuellen Stand gleich beisteuern. Das dürfte Sie jedenfalls interessieren.

Dann hatten wir das Thema der Musikschulen und der Rolle der Finanzverwaltung im Zusammenhang der Umsetzung der besagten 4 Millionen Euro. Hier handelt es sich um von der Kulturverwaltung umzusetzende Maßnahmen. Da redet SenFin traditionell nicht mit. Das tun wir auch in anderen Bereichen nicht, in denen in den Einzelplan Mittel, beispielsweise Basiskorrekturmittel, bereitgestellt werden, die natürlich durch die Fachverwaltungen koordiniert werden. Die Kapazitäten hätten wir wiederum in der Finanzverwaltung nicht, hier jeweils in die Koordinierung der Verwendung von für die Basiskorrektur im Ergebnis gedachten Mitteln noch mal einzusteigen. Dass hier natürlich Abstimmungen mit und zwischen den Bezirken eine Rolle spielen, liegt in der Natur der Sache, aber die führen nicht wir herbei. Zu viele Köche würden dann auch den Brei gründlich verderben.

Zum Sachstand der Gespräche auf Bundesebene kann ich jetzt nichts Aktuelles vermelden, außer, dass die Gespräche dort intensiv und naturgemäß von sehr unterschiedlichen Standpunkten aus geführt werden, aber der Standpunkt des Landes Berlin dürfte Ihnen aus langjähriger Befassung – das ist ja ein Thema, das uns nun wirklich schon über geraume Zeit begleitet – bekannt sein.

Zum Thema Fördermittel: Ich habe deutlich gemacht, dass mein Hauptinteresse selbstverständlich die LHO-konforme Umsetzung von Zuwendungen ist, übrigens egal, wo in der Verwaltung, und für die Kulturverwaltung gesprochen, auch egal, wo in dieser doch sehr großen Zuwendungsverwaltung. Was den Modus der Verwendungsnachweisprüfung angeht, verstehe ich Ihr Interesse – und es ist natürlich auch das meine –, schnellstmöglich hier zu einem entsprechenden Ergebnis zu kommen. Was schnellstmöglich heißt, dazu kann sicher Frau Großkurth mehr beitragen als ich das aus dem Stand könnte. Aber das ist auf jeden Fall das auch von mir von Anfang an geäußerte Interesse.

Ob die Finanzverwaltung bei Verwendungsnachweisprüfungen hilfreich sein kann, da würde ich dann doch die Erwartungen ein wenig trüben. Ich habe es eben deutlich gemacht, die Finanzverwaltung ist keine Zuwendungsverwaltung. Unser einziger Zuwendungsnehmer ist der Tierpark Berlin, und da gestalten sich die Verhältnisse etwas überschaubarer als in der komplexen Zuwendungslandschaft der Kulturverwaltung. – Für Details gebe ich an die beiden Kollegen kurz ab.

Dr. Alexander Steinhilber (SenKultGZ): Zum Thema Oper kann ich Sie informieren, dass heute ein wirklich historischer Tag ist. Nach 22 Jahren haben wir heute notariell die Grundstücksübertragung unterschrieben. Wir brauchen natürlich noch die Zustimmung des Hauptausschusses, und es muss noch einmal durch das Plenum, aber wir haben das, nachdem wir dann jetzt endlich auch ein Gutachten über den Wert dieses Grundstücks hatten, das heute vertraglich geregelt.

Grit Großkurth (SenKultGZ): Ich schließe gern zu den Verwendungsnachweisen an und kann Ihnen berichten, dass acht Verwendungsnachweise von diesen 13 Projekten fristgerecht zum 13. April eingegangen sind, fünf Projekte haben um Fristverlängerung gebeten, weil auch ihre Projekte um einen Monat verlängert worden sind, und diesen Fristverlängerungen haben wir auch stattgegeben, also zum 28. Mai.

Dann, weil wir ja bei LHO-Konformität sind, wissen Sie sicherlich, dass uns als Verwaltung drei Monate Zeit bleiben, um die kursorische Prüfung durchzuführen. Wir wissen noch nicht, ob wir diese drei Monate brauchen, aber sie stehen uns jedenfalls zu, und ich gebe Ihnen mein Wort, dass wir innerhalb der drei Monate sicherlich auch ein Ergebnis haben werden. Das stellen wir Ihnen dann natürlich auch gern hier vor.

Vorsitzender Peer Mock-Stümer: Herr Abgeordneter Eschricht!

Robert Eschricht (AfD): Vielen Dank, Herr Ausschussvorsitzender! – Mir ist nicht entgangen als Replik auf Herrn Haustein, dass ja eigentlich die Fragen an den Senat gerichtet werden sollten und nicht in die Bresche gesprungen wird. Zur Realität gehört ja auch dazu, dass die Mittel, die für die Musikschullehrkräfte im Haushalt vorhanden sind, wenn man es erfahrungsgerecht macht, für knapp 120 Personen reichen, und betroffen sind ja bis zu 1 000. – [Zuruf] – Doch, vielleicht nicht, wenn Sie A9 oder E9, A1 nehmen. Diese Strohmannargumente, dass man darauf kommen muss, dass Friedrichshain-Kreuzberg mit grüner Bezirksregierung geschlagen ist, da reicht als Heuristik auch eine Begehung des Schlesis oder des Kot-tis.

Als der neue Kultursenator, Herr Evers, sich darauf eingelassen hat, hier eine erweiterte Fragestunde an den Senat zuzulassen, hat er wahrscheinlich gar nicht mit der Fragekultur von Herrn Wesener gerechnet, die kannte er vielleicht noch nicht. Meine Frage ist, ob Sie sagen können, mit Blick auf die Haushaltsmittel, die der Kulturverwaltung für diesen Doppelhaushalt zur Verfügung stehen – Sie haben als Finanzsenator ja sicherlich Einblick in die Mittelfristplanung des Landes Berlins –, ob es perspektivisch wieder über die zwei Prozent kommen wird.

Ich habe in meiner ersten Wortmeldung ja darauf hingewiesen, die Große Koalition ist jetzt seit März 2023 im Amt, das heißt, nach drei Jahren – jetzt haben wir noch ein halbes Jahr Zeit – ist es auch im Fragenkatalog der Grünen durchaus nachlesbar, es gibt viele Baustellen. Ich kann mich jetzt in den drei Jahren hier im Kulturausschuss nicht genau daran erinnern, welche Großprojekte in Angriff genommen und bewältigt wurden. Deswegen meine Frage an Sie: Wie viele der offenen Baustellen, die einen höheren Komplexitätsgrad haben, glauben Sie denn in den verbleibenden sechs Monaten noch erledigen zu können? Wagen Sie da eine Prognose?

Zu guter Letzt, Sie haben ja angesprochen, dass Sie schon mal diesem Kulturausschuss als Mitglied angehört haben: Wie ist denn das Szenario zu beurteilen, dass Sie vielleicht von der Kreisvorsitzendenkonferenz der CDU das nächste Mal den Kultursenator angetragen bekommen, anstatt Finanzsenator bleiben zu dürfen? – Vielen Dank!

Vorsitzender Peer Mock-Stümer: Herr Senator, bitte schön!

Senator Stefan Evers (SenKultGZ): Meine Güte, so viele Glaskugeln kann ich gar nicht zu Rate ziehen, wie nötig wären, um diese Fragen zu beantworten. Tatsächlich halte ich mich an das, was ich auch beurteilen kann, dazu gehört, dass ich aus der Mittelfristplanung des Landes angesichts der aktuellen, sowohl geopolitischen wie auch diverser anderer, Entwicklungen kaum verlässlich hier eine Prognose wagen kann, wie sich die Haushaltsentwicklung bezogen

auf Einzelpläne in Zukunft gestaltet. Im Übrigen ist das immer noch der Beschlussfassung des Haushaltsgesetzgebers unterworfen und das aus sehr guten demokratischen Gründen.

Thema Großprojekte: Da sind wir wieder bei Glaskugeln, ich lasse mich dann am Ende an Ergebnissen messen und wage jetzt keine Prognose darüber, welche Projekte in welcher Weise wann zum Abschluss kommen. Wir werden jedenfalls alles in unserer Macht stehende darransetzen, im Laufe der verbleibenden Legislaturperiode das zum Abschluss zu bringen, was begonnen wurde.

Ansonsten erlaube ich mir anzumerken, dass jedenfalls ich für meinen Teil weiß, was ich an Daniel Wesener habe, und ich bin mir absolut sicher, dass das umgekehrt auch der Fall ist.

Vorsitzender Peer Mock-Stümer: Bei so viel Lob erteile ich ihm dann auch das Wort.

Daniel Wesener (GRÜNE): Nein, das Kompliment gebe ich natürlich zurück. Da muss sich Herr Eschricht gar keine Sorgen machen, in der Tat, Herr Evers.

Erst einmal vielen Dank, Herr Steinhilber, das ist eine gute Nachricht! Es ist klar, das ist komplex mit der Grundstücksübertragung, schon die Historie war ja lange und komplex, und wir haben jetzt zumindest die Möglichkeit, hier einen Schritt weiterzugehen, und ich glaube, es ist unser aller Interesse, dass diese Sanierung in Zeit und Raum und im besten Falle eben auch im Zeit- und Kostenrahmen stattfindet. Ich habe da eine andere Prognose, aber wir lassen uns da gern eines Besseren belehren.

Ansonsten, Frau Großkurth, vielen Dank, dass Sie noch mal die Fristen deutlich gemacht haben! Entschuldigen Sie meine Naivität! Ich dachte ob dieser Berichterstattung und allgemeinen politischen Lage gäbe es vielleicht ein intrinsisches Interesse der Verwaltung selbst, ihre Integrität und Glaubwürdigkeit wiederherzustellen, indem man möglichst schnell diese Verwendungsnachweise prüft und sozusagen das nicht bis zum allerletzten Tag hinausschiebt – so habe ich Sie auch gar nicht verstanden, ich sage es hier noch mal. Ich habe mal geschaut, nach der neuen Zeitplanung müssten ja dann die ersten Prüfergebnisse Ende August vorliegen. Wir haben im September ja noch einen freien Termin. Da ist noch eine Sitzung, da würden wir dann eventuell – da muss ich noch mal mit der Kollegin Schmidt reden, Linke und Grüne, Herr Senator, haben in diesem Ausschuss das notwendige Quorum – quasi kraft unserer oppositionellen Wassersuppe eine Sondersitzung beantragen. Da können wir uns ja dann im September noch mal zu diesem Thema und auf der Grundlage der dann erfolgten Verwendungsnachweisprüfung treffen.

Herr Haustein! Ich will mich da gar nicht wegducken, was Ihre Frage angeht, weil sie letzten Endes den Unterschied zwischen Ihrer Fraktion oder einigen Mitgliedern Ihrer Fraktion und meiner deutlich macht. Wir kennen die Gewaltenteilung, und wir wissen, was eine Personal-einzelangelegenheit ist. Wir wirken nicht via WhatsApp oder sonst wo darauf hin, dass Mitarbeitende der Verwaltung dienstrechtlich belangt werden, weil sie nicht nach der eigenen parlamentarischen Pfeife tanzen. – [Zuruf Dennis Haustein (CDU)] – Na ja, Herr Haustein, ich kann Ihnen ja das alles mal vorlesen, was der Kollege Goiny da aufgeschrieben hat. – Sondern wir gehen davon aus, das ist eine Personaleinzelangelegenheit, und in der Tat, ich habe mich mal erkundigt, und – Herr Haustein aufpassen! – ich würde da bei den Worten ganz vorsichtig sein. Sie haben eine Senatorin, die gerade wegen falscher Tatsachenbehauptungen

tung eine einstweilige Unterlassung hat unterzeichnen müssen. Da passen Sie auf, denn es geht nicht um eine – wie haben Sie es formuliert? – Freistellung, sondern wir haben es offenbar – das ist meine Information – mit einer wertgleichen Umsetzung innerhalb des Fachbereichs zu tun, also, vorsichtig! Ich habe mich auch erkundigt, inwieweit dieser Vorgang im Zusammenhang mit der Umsetzung der zusätzlichen Personalmittel für die Musikschule steht, ob es das Thema Einstufung ist oder oder oder. Da wurde mir versichert: Nein, das ist nicht der Fall! – Das hat mich auch gar nicht verwundert, Herr Haustein, denn wer definiert die Parameter? – Das ist der Senat. Das sind nicht die Bezirke. Sondern bisher ist es der Senat, der sagt: Wir wollen hier die Bestenauslese! –, und es ist der Senat, der – Genau, die Staatssekretärin bestätigt das. Sie können das alles gern funktionalisieren, aber Sie sollten erstens den Wahrheitsgehalt checken und noch mal: Vorsichtig mit falschen Tatsachenbehauptungen! Frau Günther-Wünsch hat da vermutlich einiges gezahlt, denn die Anwaltsrechnung, die liegt dann bei Ihnen, also bei denjenigen, die so eine einstweilige Unterlassung unterzeichnen müssen.

Last but not least, Herr Senator, lieber Herr Evers, es ist gar keine Frage, sondern es ist wirklich – weil das Thema auch von der Kollegin Kühnemann-Grunow angesprochen wurde –, einfach eine herzliche Bitte: Wir wissen ja, der Regierende Bürgermeister sieht einen Vorteil in Ihrer Doppelrolle am Verhandlungstisch mit dem Bund, ich habe da so meine Zweifel, weil ich Ihre Rolle als Finanzsenator kenne und auch eine kulturpolitische Perspektive auf den Hauptstadtfinanzierungsvertrag habe und sagen würde: Diese beiden Interessen gehen nicht immer kongruent. Das geht übrigens Herrn Klingbeil und Herrn Weimer auf Bundesebene ganz genauso. Nein, ich habe nur die herzliche Bitte, zum einen das Große und Ganze im Blick zu behalten. Wir haben einen Kulturhaushalt, Herr Senator, das wissen Sie vermutlich, der hat de facto eine Unterdeckung von 40 bis 60 Millionen Euro. Das sind Ausgaben, die da vorgesehen und notwendig sind, die da gar nicht drinstehen. Schauen Sie sich die Zahlen der landeseigenen Theater- und Orchesterbetriebe an! Schauen Sie sich die Defizite an! Also wir haben hier ein – nicht nur im Gesamthaushalt, sondern auch im Kulturhaushalt – strukturelles Defizit. Natürlich ist der Hauptstadtfinanzierungsvertrag die Möglichkeit, um hier zumindest partiell Abhilfe zu schaffen und das eben nicht nach dem Motto gegenzurechnen: Wunderbar, der Bund entlastet, deswegen weniger in den Kulturhaushalt –, sondern hier durch die Entlastung gleichzeitig mehr Spielräume für Kulturförderung zu gewinnen.

Es gibt einfach einige Themen, Herr Senator, die werden im Zweifelsfall nur von Ihnen kommen, weil niemand anderes am Tisch sonst ein Interesse daran hat, die überhaupt auf den Tisch zu packen. Das wäre meine herzliche Bitte. Das Stichwort HKF ist gefallen. Sie glauben doch nicht, dass irgendjemand von Bundesebene und schon gar nicht Herr Weimer ein Interesse daran hat, den HKF von 15 auf die notwendigen mindestens 20 Millionen Euro aufzusetzen. Das sind übrigens, Herr Senator, die 5 Millionen Euro, die vor zehn Jahren obendrauf gekommen sind. Sehen Sie sich da in einer guten Tradition. Das wird niemand anderes vorschlagen. Nur Sie können das vorschlagen und umsetzen, und das ist, ich würde fast sagen überlebensnotwendig, was die Freie Szene in dieser Stadt betrifft. Denn Sie wissen, die Freie Projektförderung ist durch die Kürzung im Kulturhaushalt unter Druck. Die ist noch mal stärker unter Druck als die institutionelle Förderung, das ergibt sich aus der Sache, aus der Art und Weise, wie hier überhaupt gekürzt werden kann, und hier wäre es wirklich zwingend, dass für diese vielfältige, lebendige Freie Szene, die quasi der Humus ist für all das, über das wir sonst gern reden – Opern, Spitzenleistungen, international et cetera pp.–, die die zwingende Voraussetzung dafür ist, dass Berlin als Kulturmetropole bleibt, was es ist.

Das ist eines von vielen anderen Beispielen. Ich will es aber dabei belassen. Die anderen Themen, die habe ich ja auf Papier auch angerissen, also die Stichworte sind alle drin, muss ich jetzt nicht ausführen, aber das wäre zum Abschluss unser Appell, unsere herzliche Bitte im Sinne, nicht nur des Landeshaushalts, sondern eben auch der Berliner Kulturförderung, den Job zu machen, den nur Sie machen können. – Danke!

Vorsitzender Peer Mock-Stümer: Vielen Dank für den Appell! Eine Fragestellung konnte ich daraus nicht entnehmen. – Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Dann schließe ich die Rednerliste. Dann bleibt mir nichts anderes übrig, als dem Senator für seine große Auskunftsbereitschaft zu danken. Sie sehen, wir sind ein sehr diskussionsfreudiger Ausschuss. Hier wird aber im Gegensatz zu anderen Ausschüssen nicht mit dem Schwert, sondern mit dem Florett gefochten, und das soll auch so bleiben. Das ist ganz wichtig. Dank auch an alle Kolleginnen und Kollegen, denn wir haben fast eine Punktlandung hinbekommen, nämlich – – Ein kleiner Hinweis von der Verwaltung, Herr Abgeordneter Wesener, Sie baten darum, dass ein Wortprotokoll erstellt wird, dann bitte ich um Zustimmung aller Kolleginnen und Kollegen, dass das auch so passiert. – Ich höre keinen Widerspruch, dann verfahren wir so. Dann schließen wir jetzt den Punkt 4 (neu) ab.

Punkt 5 der Tagesordnung

Verschiedenes

Siehe Beschlussprotokoll.